Gegen die HERRschende Weltordnung

1992

3. - 21. Juni in Berlin

Presserechtlich verantwortlich: FDCL, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61.

3.6. Superbarrio - Supermann der Armen Mexiko
4.6. Anti-EG-Gruppe Köln
4.6. Waldzerstörung und Frauenwiderstand Indien
5.6. Marlen Chow, Kontinent-Kongreß Guatem.
7.6. Filme, wie auch an anderen Tagen
8.6. Riots in Los Angeles
9.6. Flüchtlinge in Berlin gegen Rassismus
10.6. Mythos Überbevölkerung
11.6. Mütter Plaza de Mayo / Buenos Aires
12.6. Nach zwei Jahren Chamorro - Nicaragua
13.6. Landarbeiter aus Esp. Santo / Brasilien
13./14.6. Umwelt - Entlastung - Fest
14.6. Sowjetunion / Rußland
15.6. Indian. Frauenradio in Puna / Peru
15.6. Flüchtlinge in Angola und Mozambik
16.6. Wem gehören Gen - Ressourcen?
16.6. Autonomie Atlantikküste Nikaragua
17.6. Tupamara zu Referendum / Frauen Uruguay
17.6. Sandino - Kaffee - Vermarkung?
18.6. Guatemaltek. Flüchtlinge
19.6. Flüchtlinge aus dem ehem. Jugoslawien
20.6. Polit. Gefangene in Mexiko
20.6. Frauenrechtlerin aus Indien
21.6. Modernisierter Kolonialismus Indien
21.6. Vorbereitungstreffen Demo München

Nr. 195

28. Mai 1992

INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2 DM

VORWORT

Hallo, wegen unseres Vatertagsausflugs gibts heute nur 24 Seiten und die auch noch erst am Freitag.

Um bei der Textauswahl nicht noch stärker zu reduzieren, haben wir die Beiträge gnadenlos verkleinert; vieles ist in den Ordner gewandert und einiges auf nächste Woche verschoben. So z.B. der 4.Teil des ProKo-Textes von S.16. Den 1.&3 Teil findet ihr im Heft und der 2te ist auf Wunsch der AutorIn sowieso im Ordner.

Ach ja, Braunschweig hat ihr langersehntes Regionalinfo bekommen. Aus Berlin liebe Grüße an die TROTZDEM-Redaktion.

Den größten inhaltlichen Block sind die Beiträge zu den / oder von den bewaffneten Gruppen. Das die RZ auf die Kritik an dem "Gerd Albertus-Papier" antwortet, ist ein Signal für eine intensivere Auseinandersetzung, die so lebendig hoffentlich auch bleibt. Ansonsten war die Diskussion mit bewaffneten Gruppen ja immer sehr eingleisig, insofern, daß Erwiderungen auf Kritik an RZ oder RAF ausblieben. Die Debatte bekommt dadurch einen ernsthaften strategischen Charakter über die "Zukunft"von revolutionärer Politik. Einen Lesehinweis dazu ist noch der Artikel über bewaffneten Kampf und antiimperialistische Politik in der neuen "Wildcat".

Inhalt:

Ordner:

PKK-Kritik
Rote Fahne
Egin
Solidarität mit Türkei und Kurdistan
Neukölln Flugschrift
Redebeitrag Knast Kundg.16.5.92
Frankfurt Veranstaltung
Ottenhausen
Düsseldorf
Infoläden
Rev. Funke
BP-Flugschrift
Proko-Texte

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Neuer Schutzhelm für Polizisten

Lübeck – Die deutschen Schutz- und Bereitschaftspolizisten bekommen einen neuen Schutzhelm. Der Typ „Diamant" besteht aus Kevlar, einem extrem harten Kunststoff. Der Schutzhelm enthält ein wasserdichtes Visier, ein Kommunikations-System und eine Atemschutzmaske. Wie die mit der Produktion beauftragte Lübekker Firma jetzt mitteilte, wurden bisher 6500 Helme an die Polizeidienststellen aller Bundesländer und an den Bundesgrenzschutz ausgeliefert.

Türschlösser von Wahllokalen waren verstopft

Rund 10000 Polizisten sicherten den Ablauf der Kommunalwahlen. Mindestens ein Beamter stand vor jedem der 2814 Wahllokale. Diese Form der Absicherung sei in Berlin seit mehr als 40 Jahren üblich, erklärte ein Polizeibeamter.

Unbekannte haben am frühen gestrigen Morgen in mehreren Bezirken im Ostteil der Stadt 15 Schlösser von Wahllokalen verklebt oder mit Stecknadeln, Streichhölzern oder Nägeln verstopft. Dennoch konnten die Abstimmungsräume pünktlich um 8 Uhr geöffnet werden.

Betroffen von den Sachbeschädigungen waren die Bezirke Lichtenberg, Friedrichshain, Hohenschönhausen und Prenzlauer Berg. In der Friedrichshainer Liebigstraße mußten Beamte zudem frühmorgens ein Transparent mit der Aufschrift „Wenn wählen etwas ändern würde, wäre es verboten" entfernen.

Kurz nach Mitternacht wurde in der Kreuzberger Nostitzstraße das Fahrzeug des Republikaner-Spitzenkandidaten Udo Guse angezündet. Der Motorblock und die vorderen Reifen brannten. Personen kamen nicht zu Schaden. Ob ein politischer Hintergrund für diese Tat besteht, sei mehr als „unwahrscheinlich", sagte ein Polizeibeamter. Das Motiv sei mehr im privaten Bereich zu suchen. Es werden keine Parallelen zu den bereits in der Nacht zu Freitag verübten Brandanschlägen auf die Autos des Neuköllner SPD-Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky und des Bezirksbürgermeisterkandidaten Peter Strieder (SPD) vermutet.

Anne-Katrin Palmer

Wir muessen so radikal sein

wie die Wirklichkeit

geflogen ist der vogel, und nun
weiß er nicht,
wo er sich hinsetzen soll.
denn
das haus von dem er aufgestiegen
ist,
hat ein erdbeben zerstört;
und die anderen häuser sind
alles staubbedeckte fremde ...

Gesang,iranischer lyriker maftun,

Angesichts der Veröffentlichungen der letzten Zeit, den Stellungnahmen zu unserer Erklärung zur Ermordung von Gerd sowie der Selbstauflösungserklärung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen, wollen wir uns mit diesem Beitrag ein weiteres Mal in die öffentliche Debatte einmischen.
Ein Teil der Stellungnahmen zu unserer Erklärung ergeht sich in Spekulationen über die Authentizität des Textes oder fordert Aufklärung im Detail. Wir können und wollen diese Art "Informationsbedürfnis" nicht befriedigen.
Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war.
Daß die Tatsache, daß ein Genosse umgebracht wurde, bestenfalls zur Kenntnis genommen und darauf sogleich zum politischen Tagesgeschäft übergegangen wird, ohne sich veranlaßt zu sehen, zu diesem Mord in den eigenen Reihen Stellung zu beziehen, hat uns überrascht. Absurd ist es aber, uns zu unterstellen, den Mord an Gerd für unsere politischen Zwecke zu funktionalisieren. Sozusagen in der Logik, daß diejenigen im Recht seien, die überleben; Gerd, Bony und Brigitte sich praktisch ihr eigenes Grab geschaufelt hätten. Dies ist nicht unsere Logik. Vielmehr haben wir in dem Text geschrieben, welche Entscheidungen wir getroffen haben. Und wir haben der Gegenposition, die u.a. die Position von Gerd war, reichlich Raum gegeben, weil wir uns der Problematik unserer Entscheidung bewußt sind und weil wir überzeugt sind, daß es in dieser Frage die e i n e Wahrheit nicht gibt.

Zu zwei Aspekten der Diskussion wollen wir noch einmal Stellung beziehen:

1.- Eine neue Bestimmung unseres Verhältnisses zu nationalen Befreiungsbewegungen

Es geht uns nicht um die Verurteilung anderer Bewegungen oder Organisationen, die unter anderen Voraussetzungen und materiellen Bedingungen kämpfen. Unser Bezugspunkt sind nicht mehr die Kämpfe der 70er Jahre. Die konkreten politischen Veränderungen zwingen uns eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zum Befreiungsnationalismus auf. Dieser kämpft mit dem Rücken zur Wand oder hat sich längst an den Verhandlungstisch begeben. Es geht uns um eine Neubestimmung antiimperialistischer Solidarität, in der das Maß an

Unterstützung für Befreiungsbewegungen nicht von ihrer Bewertung - sind es in unseren Augen die jeweils Guten oder Bösen - abhängig gemacht wird. Die Ziele trikontinentaler Befreiungsbewegungen und metropolitanen Kampfes sind nicht dieselben, die Existenz eines gemeinsamen Gegners reicht nicht aus. Aus dem klaren Bewußtsein dieser Differenz ergeben sich für uns die Chancen und Grenzen einer möglichen Kooperation.
In der Diskussion wird uns vorgeworfen, diese Unterschiede aus metropolitaner Selbstgefälligkeit so zu betonen und damit letztlich zu einer Aufrechterhaltung metropolitaner Herrschaft beizutragen, statt uns vorbehaltlos auf die Seite derjenigen zu stellen, die gegen diese Herrschaft kämpfen. Dabei gibt es für uns keine Zweifel, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen uns aber nicht (mehr) orientieren an der Machtfrage, sondern an Prozessen sozialer Konfliktualität. Und dafür scheint es uns unerläßlich, eigene Kriterien zu entwickeln, an denen wir UNSERE Vorstellung von Befreiung messen: dies sind die Bedeutung der Befreiung der Frauen und die Hierarchisierung bzw. das Weiterexistieren von oben und unten.

Wenn der Anspruch auf eine befreite Gesellschaft sich auf die Nationenbildung mit einem eigenständigen Staatsgebiet konzentriert und dabei noch zwei Ethnien dasselbe Stück Land für sich beanspruchen, so geraten zwangsläufig die Inhalte sozialrevolutionärer Veränderungen in den Hintergrund; dies heißt in der Konsequenz, daß es in einem solchen Konflikt zwischen zwei Ethnien keine revolutionäre Lösung gibt, weil er gar keine Dimension mehr von oben und unten hat ! Zumindest entsprechen alle bisherigen historischen Erfahrungen dem. Die Folge war bislang die Herausbildung neuer nationaler und das heißt männlicher Eliten (in aller Regel die alten militärischen Kader) und damit letztendlich die Verlängerung patriarchaler Herrschaft. Wesentliche Anstöße für diese Erkenntnis haben wir aus der feministisch begründeten Kritik an dem männlich dominiertem Befreiungsnationalismus erhalten, wie sie ja auch schon in die IWF- Kampagne einfloß. Die aktuellen Beispiele (Algerien) belegen nur zu deutlich die scheinbar unausweichliche Entwicklung an die Macht gelangter nationaler Befreiungsorganisationen, die den ihnen dann zur Verfügung stehenden staatlichen Machtapparat zur eigenen Machterhaltung instrumentalisieren, statt ihn aufzulösen und damit eine Voraussetzung zur Umsetzung ihrer ursprünglich formulierten Utopien von Befreiung zu schaffen. Darüberhinaus wird Staatsbildung als solche von uns kritisiert, weil die Herstellung zentraler Souveränität die Voraussetzung nachholender Kapitalakkumulation bezogen auf die Weltgesellschaft ist.
Allein die Benutzung des Begriffes "national" in einem emanzipatorisch verstandenen Kontext erfordert eine unzumutbare gedankliche Akrobatik. Mit der Bildung einer Nation untrennbar verbunden sind die nationalistische und rassistische Ausgrenzung anderer, und dies geht immer einher mit Raub, Plünderungen und Vergewaltigungen. Daß Nationalstaaten immer ein Instrument patriarchaler Macht- und Herrschaftsorganisation waren, macht es uns unmöglich, in ihnen eine Perspektive für revolutionärer Veränderung sehen zu können.
Die Aufregung, die die Veröffentlichung dieser nun wirklich nicht besonders neuen Gedanken ausgelöst hat, wird uns jedoch nur dadurch erklärbar, daß wir sie nicht beispielsweise in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Jugoslawien dargestellt haben, sondern in Zusammenhang mit Palästina. Und dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den wir hier noch einmal ansprechen wollen:

2. Dem linken Antizionismus

Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden. "Kein Machtstaat, sondern die Hoffnung auf Gerechtigkeit am Ende der Welt hieß Judentum. Sie waren ein Volk und das Gegenteil, der Vorwurf aller Völker. Jetzt beansprucht ein Staat, fürs Judentum zu sprechen, das Judentum zu sein. (...) Es bezahlt sein Fortbestehen mit dem Tribut ans Gesetz der Welt, wie sie ist ... Es hat sich dem Zustand der Welt assimiliert. (Horkheimer)
Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser Nachholbedarf besteht. Dies insbesondere, weil der Antisemitismus keineswegs eine beliebige Erscheinungsform des Rassismus , sondern ein spezifisches Gewaltverhältnis ist. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen, die gesellschaftlichen Strukturen, die rassistische Ausgrenzung, die den modernen Antisemitismus hervorgebracht haben, bestehen weiterhin. Wir werden mit ihnen genauso tagtäglich konfrontiert, wie wir auch von ihnen geprägt sind. Sich von diesen nur abzugrenzen und die eigene Position als antizionistische zu deklarieren, heißt, sich nicht mit der gesellschaftlichen Funktion des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden. Er gilt als Loyalitätstest. Die Tatsache, daß der Artikel als unser Abschied vom Internationalismus gelesen wird, ist nur zu verstehen, wenn mensch unsere Fragen zu Palästina bereits als Abkehr und Verrat begreift. Hinterfragen wollen wir die scheinbaren Gewißheiten, mit denen wir wie der Großteil der Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum israelisch-palästinensichen Konflikt Stellung bezogen haben. Hinterfragt werden Begriffe wie "Kampf um Selstbestimmung","Recht auf Boden ","Agentur des US-Imperialismus" etc, die uns zu Sprechblasen geworden sind. Hinterfragt wird die Selbstverständlichkeit, mit der die grundsätzliche Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus von links behauptet wird. Wenn das schon als Umkippen in das andere Extrem charakterisiert wird, trifft es genau das, was Gegenstand der Kritik ist: warum reagieren deutsche Linke besonders empfindlich und hellhörig, sobald das Verhältnis von Israel und Palästina nicht nur schwarz-weiß, sondern in Zwischentönen beschrieben wird? Wieso fühlt mensch sich bemüßigt, mit aller Vehemenz zu wiederholen, daß Israel imperialistischer Vorposten ist und bleibt, wenn wir uns gerade mal wieder in Erinnerung rufen, daß es auch Zufluchtsstätte ist? Wieso können wir gerade in diesem Konflikt nicht aushalten, daß er uns in ein Dilemma stürzt, während wir uns zu anderen Konflikten vergleichbarer Art absolut ignorant verhalten?
Warum fällt es keinem und keiner auf, daß die deutsche Bundesregierung gerade eine deutsche Republik auf sowjetischem Boden, die "Autonome deutsche Wolgarepublik", mit aller wirtschaftlichen Gewalt durchpowert. Wo bleibt die vehemente Bekämpfung des deutschen Imperialismus ?
Es wundert uns, daß unsere ersten Gehversuche in diese Richtung sogleich gekontert werden, indem die alten, längst nicht mehr oder gar nie stimmigen Argumente dagegen mobilisiert werden.

"Mensch braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde mensch hoffen."

Die Erklärung zur Selbstauflösung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen trifft uns in einer Phase des Versuchs einer Neubestimmung unserer Politik. Sie wirkt umso nachhaltiger, als sie schließlich von Menschen kommt, mit denen wir über Jahre gemeinsam diskutiert, gestritten und gekämpft haben und sie muß auch als ein Eingeständnis unseres Unvermögens gewertet werden, interne Widersprüche konstruktiv als ein Moment unserer Weiterentwicklung handhaben zu können. Natürlich bedeutet sie einen erheblichen Rückschlag.
Den Zeitpunkt ihres Rückzuges aus gemeinsamen Zusammenhängen finden wir nicht schlüssig begründet. Dies umso mehr, als es ausgesprochen schwer fällt, die Entwicklung nachzuvollziehen, die zwischen ihren eigenen Aussagen im Sommer 1991 "Militante Aktionen haben zum Ziel die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen,... Militante Aktionen...sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention." (This is not a love song) und ihrer jetzigen Erklärung liegen? Wenn die Verfasser dieses Textes heute so grundlegend verunsichert sind, woher haben sie dann ihre Sicherheit, daß der bewaffnete Kampf passé ist? Es waren nie ausschließlich objektive Gründe, die Menschen zur Aufnahme dieser Art des Kampfes veranlaßt haben. Es war das subjektive Gefühl und die persönliche Erfahrung, z.B. in den legalen Zusammenhängen an Grenzen gestoßen zu sein. die mensch nicht mehr akzeptieren wollte.
Wir hätten im Lauf der Jahre viele objektive Gründe gehabt aufzugeben. Wir haben heute genausoviele objektive Gründe weiterzumachen. Diese Entscheidung wird uns nicht objektiv abgenommen, wir müssen sie subjektiv für uns treffen. Und genau darin liegt unser größtes Dilemma mit dem Text: **Anstatt die Krise aus der Sicht ihrer Gruppe, ihrer Region und ihres politischen Umfeldes zu beschreiben, um daraus die persönlichen Schlußfolgerungen zu ziehen, mußte dem Abschied historische Tragweite verliehen werden !**

Weitere wichtige Unterschiede sehen wir in der Einschätzung zu den Auswirkungen des **18.12.**, in der Bedeutung sowie in den Zielen und in den Mängeln der **Flüchtlingskampagne** und in unserem Verständnis von einem **anti-patriarchalen Poltikansatz**; daraus ergeben sich natürlich auch andere Konsequenzen.

- Völlig unverständlich ist für uns, ausgerechnet die Flüchtlingskampagne zum Anfang vom Ende umzudeuten. Trotz aller Differenzen im Vorfeld über die einzusetzenden Mittel und die anzugreifenden Ziele waren wir uns doch immer einig, mit unserer gemeinsamen Entscheidung einen Versuch zu unternehmen, aus den Konjunkturzyklen von Bewegungen (wie der Anti-AKW-Bewegung, dem Häuserkampf, der Friedensbewegung u.a.) herauszukommen und eine unserer Meinung nach zentrale Thematik aufzugreifen. Es ging uns nicht darum, wie suggeriert wird, die Flüchtlinge daran zu beteiligen oder sie gar daran zu organisieren. Genausowenig wie die Flüchtlinge für uns die neuen Hoffnungsträger für revolutionäre Prozesse waren. Wir wollten auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen und Kämpfe von Flüchtlingen einen eigenständigen Kampfansatz entwickeln, der natürlich in einem Wechselverhältnis zu dem Kampf der Flüchtlinge steht, aber der berücksichtigt, daß die Ziele der Flüchtlinge und unsere nicht identisch sein müssen. Wir sehen in erster Linie in der Flüchtlingskampagne die Möglichkeit, hier in der Metropole einen konkreten Antiimperialismus zu entwickeln. Und wir sind davon ausgegangen, daß wir den staatlichen Rassismus aufzeigen und angreifen können. Wir denken, daß wir in diesen Bereichen durchaus praktisch und politisch wirksam Ansätze in die Auseinandersetzung eingebracht haben, sowie auch selber unverzichtbare Erfahrungs- und Lernprozesse gemacht haben.
Die Mängel sehen wir heute u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung. Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen, den Rassismus innerhalb der Linken nicht einmal thematisiert. Und es ist unser eigener Rassismus, aus dem heraus wir uns ein Bild von einem "ideellen Gesamtflüchtling" geschaffen haben. In diesem Sinn stimmt der Vorwurf einer "Flüchtlingskampagne ohne Flüchtlinge".
Das breite Bündnis gegen rassistische Gewalt, gegen die Pogrome und Morde auf der Strasse kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich gegen DIESE Gewalt der Vertreibung richtet. Vorverlegung der Grenzen in die Herkunftsländer, Schnellverfahren gegen Asylsuchende und sofortige Abschiebung mit staatlicher Gewalt stößt kaum auf Protest; und noch weniger wird praktischer Schutz geboten.
So richtig wir die Parole "Für freies Fluten" nach wie vor finden, so offensichtlich ist daran aber auch geworden, wie sehr die Metropolenlinke an den materiellen Vorteilen dieses imperialistischen Systems hängt. Wer die Widersprüche allein zwischen dem Staat und der ihn tragenden Bevölkerung auf der einen Seite und Flüchtlingen und Linken auf der anderen Seite sieht, verhindert real die Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Flüchtlingen, in denen unsere Widersprüche offenbar werden. Wir formulieren uns selbst schnell auf die Seite revolutionärer Prozesse, ohne unsere eigene Gebrochenheit zu diesen Prozessen begriffen zu haben.

Trotzdem, an der Aktualität, Bedeutung und zunehmender Wichtigkeit dieser Thematik für die Entwicklung einer militanten Politik in der Metropole besteht kein Zweifel.

- Als Reaktion und in der Zeit nach dem 18.12.1987, als das BKA versuchte die Rote Zora, uns und andere, die sich im Kampf gegen Gentechnologie,Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik engagiert hatten, zum Stillschweigen zu bringen, waren wir eher überrascht, in welcher Breite die kriminalisierten Themen aufgenommen und weitergetragen wurden. Ganz offensichtlich hatte das BKA recht früh die politische Brisanz dieser Themen begriffen und versucht, durch Kriminalisierung und Verfolgungsdruck eine mögliche Verbreiterung zu verhindern. Die Fehler und Mängel liegen hier bei uns und unserer politisch-organisatorischen Konzeption. Wir waren es, die sich für lange Zeit nicht mehr zu Wort meldeten. Uns fehlten konzeptionelle Vorstellungen, uns an dieser breiten Auseinandersetzung zu beteiligen und daraus sogar politische Stärke zu entwickeln. Wenn es aber überhaupt in unserer Geschichte ein Beispiel dafür gibt, daß wir nicht isoliert sind, dann ist es dieses Datum.

- Es ist unsere Entscheidung, wann wir uns zum Antipatriarchalen Kampf öffentlich äußern wollen. Daß wir dies bislang nicht getan

haben, liegt daran, daß wir am Anfang des Diskussionsprozesses sind. Deshalb finden wir es ausgesprochen ärgerlich, daß die Jungs sich bemüßigt fühlten, "unsere" Position schon mal vorwegzunehmen, um sich davon abgrenzen zu können. Für deren "männliches Elend" eine Mitverantwortung zu übernehmen und im nächsten Atemzug darin aber "keinen politikfähigen Ansatz" zu erkennen, sondern das als "Selbstentmündigung und Entpolitisierung" zu begreifen, spiegelt die männliche Arroganz eines Artur, der verächtlich auf "HerMann" herabblickt, der mit Frauen diskutiert und dabei versucht, das Problem männlicher Definitionsmacht zu thematisieren ("This is not a love song"). Die Behauptung, daß ein "emanzipatorischer Beitrag zur Patriarchats(!)diskussion" nicht mehr geleistet werden kann, weil die Frauen der Roten Zora sich von uns getrennt haben und keine gemeinsame Politik mehr mit uns machen, beweist ein völliges Unverständnis von antipatriarchaler Politik. Ebenso wie die Hierarchie- oder Zentralitätsvorstellung, die in der Feststellung angelegt ist: "jedenfalls hilft der antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem , über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint."
Angesichts der allgemeinen Rat- und Perspektivlosigkeit ist die Versuchung groß, die Antipatriarchatsdebatte als Vehikel zu benutzen, um der Krise HERR zu werden. Die Diskussion über die schwarze Frau als "unterstes Klassensegment" war ein Beispiel dafür, auf welche Weise durch den bloßen Austausch der Subjekte ein im übrigen nicht angetastetes Gedankengebäude hinübergerettet werden kann. Das erste Resultat einer konsequent geführten Antipatriarchatsdebatte kann nur die Zerstörung lieb gewordener Gewißheiten sein. Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist. Wenn es richtig ist, das der Sexismus mit unserer Ignoranz gegenüber patriarchaler Gewalt beginnt, und wenn es stimmt, daß wir auf diesem Auge blind sind, weil es um unsere Interessen geht, dann werden uns erstmal die Felle davonschwimmen, bevor wir zu einem von grundauf neuen Verständnis unserer Rolle im Prozeß radikaler Veränderungen vorgedrungen sein werden, dann liegen zwischen der bloßen Erkenntnis und der Fähigkeit, im Einklang mit dieser Erkenntnis zu leben, noch Welten, denn wir haben weder die Wahl, unsere eigenen Anteile an patriarchaler Gewalt zu eliminieren, indem wir uns im Büßerhemd der Hegemonie kämpfender Frauen unterwerfen, noch die Möglichkeit, die eigene Desorientierung zu kompensieren, indem wir uns dem Widerstand von Frauen anhängen.
Es reicht auch nicht, in den Institutionen von Staat und Kapital den Sexismus da zu entdecken, wo er Frauen benachteiligt. In der Auseinandersetzung um eine antipatriarchale Politik müssen wir einen Begriff davon entwickeln, daß der gewaltsamen sozialen Organisierung der geschlechtlichen Differenz schlechthin die zentrale Bedeutung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Widersprüche zukommt.

Bei der Entwicklung eines antipatriarchalen Kampfansatzes in der Metropole geht es uns auch darum, inwieweit wir selbst mit unseren patriarchalen Verhaltensweisen Strukturen geprägt haben, die unser Politikmuster und Verständnis immer wieder reproduziert haben, ohne das wir zu einer Veränderung in der Lage gewesen wären.

Eine unserer Möglichkeiten, uns nicht in den mainstream politischer Resignation fallen und treiben zu lassen, sehen wir in dem Versuch, unseren Teil zu einer grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Poltik beizutragen. Eine Notwendigkeit wird es sein, unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, damit unsere Beiträge sich nicht auf die Veröffentlichung von Diskussionspapieren beschränken müssen; dabei wird die Antipatriarchatsdebatte einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dies steht für uns außer Frage. Zur Disposition steht unsere politisch-organisatorische Konzeption; allerdings erst dann, wenn sie sich bei dieser radikalen Neubestimmung mehr als unvermeidbar hinderlich erweisen sollte.

"Woran arbeiten sie ?" wurde Herr K.gefragt.
Herr K. antwortete, "Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor."
B.Brecht

revolutionaere zellen, mai 1992

KRITIK VON FRAUEN AM VERHALTEN EINIGER MÄNNER AUF DER ANTIFA-DEMO IN STRAUSBERG AM 18.4.92

Auf der Demo gab es mehrmals Situationen, wo Frauen gegen Typen vorgehen mußten, die sexistisches Verhalten verschiedenster Art und Weise an den Tag legten.
An einer Kreuzung, an der mehrere Autos mit eindeutiger Faschobesetzung standen, auf die einige Leute aus der Demo aufmerksam wurden, mußte sich ein "Antifaschist" besonders hervortun, indem er in Richtung der Faschos "ihr Votzen" brüllte. Da wir uns das nicht weiter anhören wollten, schenkten wir ihm eine ein. Verdutzt wollte er wissen, was er denn getan hätte. er wisse ja, daß "Votze " ein bißchen sexistisch wäre, aber dieses Theater deswegen könne er nicht verstehen. Daraufhin halfen wir nochmal kräftig nach. Die Geduld hat ihre Grenzen, die Zeit des Autonomen Kindergartens, wo Typen trotz ihres sexistischen Scheißverhalten noch mit Aufklärung und Nachsicht rechnen konnten, ist vorbei.
Der zweite Vorfall betraf einen Typen aus der Demo, der mit einem Aufnäher am Ärmel "home fucking is killing prostitution" herumlief (zu deutsch: Zu Hause ficken tötet(verhindert)die Prostitution) Weil wir gegen so nen kleinbürgerlichen sexistischen Mief was haben, sprühten wir ihm kurzerhand den Aufnäher mit nem Farbspray zu und forderten ihn auf, das Teil abzumachen.
Daraufhin entstand ein fürchterliches Handgemenge, weil einige Herren Antifaschisten aus der Demo meinten, sich zugunsten des betroffenen Typen einmischen zu müssen. Obwohl wir wiederholt klarmachten, um was es hier geht und sich auch weitere Frauen mit uns solidarisierten, kreischten die Typen wild herum, versuchten, uns die Spraydosen aus der Hand zu schlagen und uns wegzuzerren. Dabei fielen andauernd so sexismisverharmlosende Sprüche wie: "Was regt ihr euch darüber so auf?" und "Was soll das Ganze wegen so nem Aufnäher?".
Wir wurden belehrt, daß es sich hier um eine Demo gegen Faschismus handeln würde, wir sollten nicht gegen die "eigenen Leute" vorgehen und nicht vor den Bullen Stress "untereinander" anfangen.
Von dem Typ selbst kam dann noch , daß wir doch lieber was gegen "richtige Vergewaltiger" machen sollen, das würden wir uns nämlich nicht trauen. Gegen so einem ausgemachten Schwachsinn mußten wir unserer Wut doch noch mal Luft machen, hauten ihm eine drüber und beendeten die Auseinandersetzung.
Das Ganze wäre kurz über die Bühne gegangen, wenn besagte Typen sich nicht eingemischt und dieses Gezeter veranstaltet hätten.
Typen, die sich in irgendeiner Form sexistisch verhalten, sind <u>nicht</u> die "eigenen Leute", sie haben nichts auf unseren Demos verloren. Unser Kampf richtet sich immer auch gegen Sexisten jeder Art und jeden Milieus.
Gut war, daß über den Lautsprecherwagen danach noch mal klargemacht wurde, daß sich diese Demo auch gegen Sexismus richtet und daß Männer, die sich auf der Demo Scheiße verhalten, dafür von Frauen aufs Maul kriegen.
Wenn wir einen am Rand stehenden Nazi mit "Ausländer raus!"-Aufnäher zusammengehaun und ihm den Aufnäher abgenommen hätten, hätten sich garantiert keine Typen aus der Demo mit ihm solidarisiert oder etwa "nicht doch vor den Bullen" geschrien.
Es ist wieder einmal deutlich geworden, daß Sexismus bestenfalls als Nebenwiderspruch gesehen wird, der womöglich noch vom "wahren" Kampf gegen Bullen, Faschos, Staat und Kapital ablenkt.

WIR WERDEN AUCH WEITERHIN JEDEN SEXISTISCHEN TYPEN, DEN WIR KRIEGEN, ANGREIFEN, UND, WENN ES UNS GELINGT, DIEJENIGEN, DIE SICH MIT IHM SOLIDARISIEREN, GLEICH MIT.

NIEDER MIT DER MÄNNERKUMPANEI!

Ich möchte mal einige Sachen zum Besten geben, die mir im Umfeld der diesjährigen Maifestspiele aufgefallen sind, und die ich für öffentlich diskussionswürdig halte. Dazu muß ich vorausschicken, daß ich mich in keiner Weise an der 1.Mai-Vorbereitung und -Diskussion beteiligt habe, also eine recht äußerliche Kritik anbringe, die vielleicht als konstruktiver Beitrag im Vorfeld sinniger gewesen wäre, mir aber die Möglichkeit fehlte, diese Kritik an geeigneter Stelle zu äußern, da das ja wieder konspirative Vorbereitungsgremium auch für mich unauffindbar blieb und darüberhinaus eine inhaltliche Diskussion prinzipiell ablehnte und (deshalb ?) eine öffentliche Diskussion wie noch z.B. letztes Jahr fast völlig ausblieb. Also deshalb so spät.

JETZT GEHTS LOS ...

Den ersten Maiaufruf des Vorbereitungstreffens fand ich so ärgerlich, daß ich sofort jede Lust auf Demo und Diskussion verlor. Aus der Tatsache unserer inneren Unterschiedlichkeit in Zielen, Hoffnungen und Strategien die Idee abzuleiten eine gemeinsame Diskussion sei nicht nur schwierig, sondern sie sei unmöglich, da keine Möglichkeit zu einem Konsens bestünde und auch *gar nicht sinnvoll,* da ein solcher Konsens unsere Differenzen nur übertünchen würde, halte ich für aberwitzig, verdreht und für eine Kapitulation vor den eigenen, unendlich hoch aufgetürmten Ansprüchen! Wenn Linke untereinander Sprachlosigkeit zur Strategie der Befreiung machen, weiß ich nicht mehr, ob ich da noch dazugehören möchte! Unsere Handlungsunfähigkeit ergibt sich nicht aus zuviel Gerede, sondern aus einem Mangel an Kommunikation untereinander. Es ist doch ein Unding, daß Gruppen, die nicht an der Vorbereitung beteiligt waren, weil sie es nicht wollten, anschließend Forderungen an die Demo stellen und sich dabei auch noch auf selbstverständlicherweise auch innerhalb des Widerstandes vorhandene Unterdrückungsverhältnisse berufen, um aus ihrer Diskriminierung politisches Kapital gegenüber GenossInnen zu schlagen. Oder daß ganze Zusammenhänge nicht etwa ihre Abwesenheit auf der Demovorbereitung politisch erklären und stattdessen eine Kooperation in von ihnen gewünschter Form vorschlagen (oder auch ganz wegbleiben, gut), sondern sich beharrlich *ausschweigen*, das kann doch wohl kein erstrebenswerter Zustand sein? Natürlich ist das schließen von Bündnissen immer eine schwierige Sache, und Bauchschmerzen haben alle damit, aber diese Fragen müssen in politischen Kategorien und Formen geklärt werden, d.h. so sie einen potentiellen Bündnispartner/eine Bündnispartnerin betrffen, ÖFFENTLICH ! Wie solle denn sonst ein Annäherungsprozeß , der doch erst die Ursachen für die Differenzen beseitigen kann, wenn diese klar abgesteckt sind, stattfinden? Und es muss um KONKRETE Forderungen gehen, und nicht um das beliebte gegeneinanderausspielen von Unterdrückungsverhältnissen. Denn auch die notwendige Respektierung anderer Positionen und der sie Vertretenden kann immer nur konkret erfolgen und nicht durch ein allgemeines Schuldbekenntnis zur eigenen Verinnerlichung herrschender Gewaltverhältnisse. Asche gehört in die Urne ... Zumal all diese Vorbehalte und Selbstzweifel sich so oft in pure Arroganz verkehren, wenn sie auf Leute ausserhalb unserer "Szene(n)" treffen, denen unsere Denk- und Redeweisen fremd sind, die aber - im Schnitt - eine sozial weit schlechtere Lage haben und unter den sie betreffenden Gewalten oft mehr leiden als "wir" Linksradikale!

ÖFFENTLICHKEIT

Ähnlich möchte ich die Öffentlichkeitsarbeit des Vorbereitungsgremiums kritisieren. Die Idee der "dezentralen" Plakatentwicklung fand ich etwas überflüssig. Bisher gab es noch nie nur ein Plakat, es haben doch immer viele Initiativen zusätzlich zum Plenum Öffentlichkeitsarbeit gemacht. Das ist auch durchaus okay so. Wieso sollte also ausgerechnet das Vorbereitungsgremium sich nicht engagieren? Das ist doch etwas panne! Zumal dann doch zwei Plakate und der übliche Vierseitige Aufruf rauskamen. Meiner Meinung nach übrigen das beste Plakat (preußischer Bulle vs. Plakat) das rauskam, vor allem wegen der Layout-Kontinuität zu den letzten Jahren. Auch euer Aufruf, liebe GenossInnen, war der beste in diesem Jahr und hat mir auch besser gefallen als die Plenaaufrufe der Maidemos der vergangenen Jahre. Wieso also dieser Unwille, sich auf inhaltliche Diskussionen einzulassen, wenn die Ergebnisse offenbar ganz gut sein können? Reines Organisations-

/Zeitproblem? Dann laßt uns 1993 schon im Januar anfangen, oder besser noch: jetzt nach zwei Wochen nicht wieder aufhören! Besonders wichtig fand ich im Aufruf die *konkreten Forderungen* auf der zweiten Seite " Keine ... Besser noch: ... ". Das war besser gelungen als der etwas wackelige Vorschlag für konkrete Forderungen in der Interim vor nem Monat. Wir sind ohnehin viel zu selten bereit, mit den Leuten, deren Befreiung wir ständig proklamieren, zu reden und trotz der Differenzen zu sehen, was zusammen geht, und was nicht. Wir haben da eine recht schizophrene Sichtweise entwickelt, die ihren Ausdruck darin findet, daß wir bestimmte soziale Gruppen je nach Laune und Ideologieschablone entweder zu Hoffnungsträgern sozialer Befreiung hochstilisieren und nächstesmal arrogant als Prolos und Normalos abstempeln, weil sie unseren komplizierten Verhaltensritualen nicht entsprechen(können), weil sie eben nicht Szene sind. "Schwein oder Mensch ... dazwischen gibt es nichts" oder "Es hat keinen Sinn, den falschen Leuten das richtige zu erklären ..." - das gibts auch bei uns!

A RIOT AINT A REVOLUTION - BUT ITS A LOT OF FUN!

Viele Aktionen (nicht nur am 1.Mai) scheinen mir auch ausschließlich auf Szenepublikum und -Publikationen zugeschnitten zu sein. Die Enteignung eines Computerladens ist sicher nix falsches, aber ich würde mal behaupten, auch eine Bäckerei dem Haus wäre kaputtgegangen, denn es ging nicht um Enteignung, sondern um "Rache" für das Panama, für unsere Szenekneipe. Das ist auch oft so gesagt worden. Um es klar zu sagen: Ich fand auch diese Plünderung gut, aber es darf nicht bestimmendes Element unserer Politik werden, im wesentlichen Szeneinteressen zu vertreten bzw. Sachen zu machen, die nur der Szene zu vermitteln sind. Je klarer wir ein gesellschaftliches Konzept vorlegen können, desto schwieriger wird es, den politischen Charakter von Demo, Randale oder Aktion in den Medien zu vertuschen.

Was heißt übrigens vertuschen? Ich gebe ganz klar zu, daß auch ich manchmal einfach Lust auf Randale habe, und zu der individuell-befreienden Wirkung von Militanz ist schon viel geschrieben worden (z.Bkürzlich in "Wir tanzen bis zum Ende"). Und in solchen Situationen ist es einem - ich bin sicher, ich spreche da für viele (Männer?) - oft scheißegal, wo das politische in der action liegt. Eine nachträgliche Rechtfertigung läßt sich aus diversen Ideologiebruchstücken schnell zusammenbasteln. Das hat auch alles seine Berechtigung, aber ein Programm sollten wir nicht daraus machen, und viel wichtiger ist, das wir uns einigen, wo diszipliniertes Vorgehen und dadurch möglicher größerer politischer Erfolg wichtiger sind als individuelles working-out. Beispielhaft finde ich da die GöttingerInnen, die es schaffen, sogar der bürgerlichen Öffentlichkeit Vermummung, Waffen- und Helmetragen auf einer Demo so zu vermitteln, daß sich die Bullen tatsächlich nicht trauen, die ausgerüsteten Leute ab- oder die Demo anzugreifen. Und das niemensch dann die Situation für Putz nutzt, weil es grad so günstig wäre. Denn nur so läßt sich mit Militanz Politik machen, die über die bloße Propaganda der Tat hinausgeht: Es muß klar werden, daß es in konkreten Konflikten konkrete Angebote an uns geben kann, die auch *spürbaren Einfluß* auf unsere Politik haben. Denn wozu auf uns eingehen, uns als politischen Faktor in Rechnung stellen, wenn das Ergebnis immer das gleiche ist?

FÜR KONSEQUENZEN WIE IN AMSTERDAM!

Aber eine solche Geschlossenheit und Disziplin ist in Berlin leider nicht abzusehen, und das ist auch einer der Gründe, warum solche Grüppchen wie die RK/RIM überhaupt eine so unverhältnismäßig große Bedeutung erhalten konnten. Wenn so ne Gruppe mit ihrem strikten Kadavergehorsam erstmal eine Eigendynamik entwickelt, ist es für einzelne Grüppchen eben sehr schwer, dagegen anzusteuern, vor allem, wenn es keinen Konsens über den Umgang mit solchen Vereinen gibt. Der Konflikt geht so ja nun schon seit zwei Jahren in verschärfter Form, und ich hoffe, daß jetzt endlich alle sich darum kümmern, diese Gruppe zu isolieren und aus allen Zusammenhängen zu entfernen, notfalls eben auch mit Gewalt. Wer wie die RIM versucht, die Bullen gegen uns auszuspielen (ihre Demoanmeldung am 1.Mai, das vorverlegen der Demo am 20.4. usw.), darf sich nicht wundern oder beschweren, wenn wir solche Provokationen auf der gleichen Ebene zurückweisen! Aus dem Polizeifunkprotokoll läßt sich übrigens deutlich erkennen, daß die Bullen auf drängen unseres Lautis hin die RIM nicht kassiert haben: "Der Veranstalter sagt, daß wir uns raushalten sollen, das wollen die allein machen" (13.44) Diese dämliche Hetze aus ihrem Flugblatt ist völlig erlogen!

Das wesentliche Problem ist übrigens kaum "Stalinismus", denn was versztehen wir darunter? Ich bezweifle, das die RIMlerInnen genauso wie die meisten "antiautoritären" Autonomen sich überhaupt je tiefer mit Stalin auf geschichtlicher und theoretischer Ebene auseinandergesetzt haben (ich auch nicht) - sondern eine bestimmte Art von Politikverständnis, das dem unseren und unseren politischen Werten völlig unvereinbar gegenübersteht. Wenn die RIM mal ne Revolution macht, werde ich auf alle Fälle im Widerstand bleiben!

WIE WEITER? - DER KONSTRUKTIVE (?) SCHLUSS

Ich habe mir mal Gedanken gemacht, wie wir vielleicht im nächsten Jahr einiges anders machen könnten, mit einem Konzept, das uns vielleicht zu einigen der angesprochenen Probleme -Isolation untereinander, gegenüber der Gesellschaft; Aktivismus; fehlende Kontinuität; mangelnde interne Konfliktfähigkeit - weiterbringen könnte. Das ist erstmal ne Gedankenspielerei, und nichts fertiges, aber vielleicht als Anregung ganz brauchbar. Vorschlag *"Frühjahrsoffensive"*.

Es ist den Linksradikalen in Berlin gelungen, drei Daten als Politikfeld zu besetzen, bei denen sie - zum Teil erheblich - über das gewöhnliche, eigene Spektrum hinaus, Interesse und positive Resonanz erwarten können. Der 8.März - Frauenkampftag; der 20.4, der nicht mehr wie noch 89 "Führergeburtstag", sondern längst unser Kampftag gegen Faschismus und Rassismus geworden ist; und der 1.Mai - Internationaler ArbeiterInnen Kampftag. Sicher ist es nicht problemlos, diese drei Daten so hintereinander zu reihen. Ihre Geschichte und Gegenwart sind sicher Unterschiedlich und wir uns in ihrer Bewertung oft nicht einig. Doch wir sind uns sicher einig darin, in diesen Tagen einen Ausdruck der gleichen *Tendenz* zu sehen; zur sozialen Befreiung, zur revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft, zum Willen das hier-und-jetzt nicht duldend hinnehmen zu wollen. Wenn der *politische Wille* zur Zusammenarbeit da ist, muß es möglich und sicher sehr spannend sein, diese drei Kampftage in ein verbindendes Konzept einzubetten, ohne irgendwelche Inhaltlichen Verflachungen in ihren oft nicht unwidersprüchlichen Inhalten zu verursachen.

Konkret denke ich an z.B. ein gemeinsames Plakat, das alle drei Tage gemeinsam ankündigt (und eventuelle begleitende Veranstaltungen) und über die ganze Zeit immer wieder geklebt werden könnte. Dazu drei äußerlich verwandt aussehende Plakate zu den jeweeiligen Demos oder Festen. Also einfach ein verbindendes äußeres Erscheinungsbild der Öffentlichkeitsarbeit für alle drei Ereignisse. So wäre es nicht nur möglich, den Mobilisierungseffekt kontinuierlicher Agitation zu nutzen, sondern auch den nicht "bei uns" organisierten Menschen unseren Anspruch einer umfassenden Befreiung nahezulegen, die sich eben nicht nur darauf beschränkt, gegen die eigene, individuell erfahrene Unterdrückung aufzustehen, sondern sich auch mit der Unterdrückung anderer und gegebenenfalls der eigenen Herrschaftsrolle in solchen Machtverhältnissen auseinanderzusetzen.

Wenn sich früh genug je ein Frauen- und Männerplenum bilden, die dann für drei Monate organisatorische Kontinuität bieten könnten, wäre es vielleicht ja auch möglich so wichtige Fragen miteinander abzustimmen, wie z.B. ob, und wenn ja, welche, Aktivitäten von Männern am 8.März möglich oder erwünscht wären. Zum Beispiel Themenbezogene Männertreffen oder -Seminare oder gar einen Aktionstag? Es herrschte dieses Jahr meines Erachtens große Unsicherheit darüber, inwieweit Männer die Berechtigung oder im Gegenteil vielleicht sogar die Verppflichtung haben, sich zu diesem Tag zu verhalten. Das wäre ein dringender Punkt. Ein weiterer wäre, daß eine von vornherein konsequente Trennung eine klarere Aufgabenteilung zuläßt und die stattfindende Kommunikation zwischen beiden Plena aber ein Nichtverhalten aus Mangel an Initiative verhindern könnte. Dieses und letztes Jahr war ja die 1.Mai-Vorbereitung mangels Verantwortlichkeit immer auf den letzten Drücker ... Außerdem wäre es sinnvoll, den 20.4 nicht mehr als anti-Hitlergeburtstag, sondern als antirassistischen oder -faschistischen Aktionstag in Berlin zu "institutionalisieren", d.h. ihn auch so (oder ähnlich) zu nennen, und nicht nur eine wütende, entschlossene Demo, sondern auch mal was inhaltlich tiefschürfenderes zu machen, um diesen Tag möglichst ganz für uns zu beanspruchen.

Damit soll es erstmal genug sein, und ich hoffe, daß irgendwelchen dieser Anregungen und Kritiken was gebracht haben, und das auf sie - positiv oder negativ - Kritk kommt, sie in der weiteren Diskussion berücksichtigung finden.

REDEN UND KÄMPFEN, KÄMPFEN UND REDEN !!!

Wunsiedel 1992, verhindern wir den Faschoaufmarsch ?

Ausgangslage

Am 17.8.92 ist der 5. Todestag von Rudolf Heß.Nach seinem Tod im Gefängnis wurde er in Wunsiedel beerdigt.Seit 1988 veranstalten Faschisten einen "Rudolf Heß Gedenkmarsch";inzwischen ist Wunsiedel für das gesamte Spektrum des europäischen Faschisten-Netzwerkes,vom Ideologen bis zum Nazi-Skin zum "Wallfahrtsort" geworden.Der faschistische "Gedenkmarsch" ist Bindeglied zwischen den verschiedenen Fraktionen der Faschisten, von alter und neuer Rechte zu den militanten Faschisten und im europäischen Maßstab.1991 waren in Bayreuth (Wunsiedel war gerichtlich verboten) 2000 Faschisten versammelt und ist damit die größte faschistische Ansammlung auf dem Boden der BRD.Für eine Gegendemonstration waren 1991 knapp 2000 AntifaschistInnen mobilisiert worden. Den Faschisten-aufmarsch konnten wir nicht verhindern.Bei der Rückfahrt wurden von den Faschisten vier Busse (die zusammen fuhren) von AntifaschistInnen angegriffen.Es gab Verletzte und 15 000 DM Sachschaden an den Bussen der AntifaschistInnen.Desweiteren gab es 1991 Probleme durch die kurzfristige Ummobilisierung von Wunsiedel nach Bayreuth (für ganz Wunsiedel galt ein 48 Std. allg. Versammlungsverbot)und Probleme durch..........
Wir finden es wichtiger denn je dem faschisten Aufmarsch in Wunsiedel politisch und wo möglich auch materiel einen starken antifaschistischen Widerstand entgegenzusetzen.

Aber wie ?
Erste Grundvoraussetzung wäre ein bundesweit getragenes inhaltliches wie organisatorisch Konzept,was z.B. heißen würde,daß sich verbindlich Gruppen an der Vorbereitung beteiligen müßten.Aus Bayern wird dieses Jahr nicht automatisch mobilisiert, wobei es aus dem Süden zusagen gibt,wenn es eine BRD und DDR-weite Mobilisierung gibt, sich zu beteiligen.Was für uns natürlich auch eine Voraussetzung ist; ohne eigenständige antifaschistische mobilisierung in Bayern läuft nichts.
Wir haben im norden mit der Diskussion über Wunsiedel 92 angefangen und möchten unsere Überlegungen BRD und DDR-weit Diskutieren.Beteiligt ,an der Diskussion, waren erstmal AntifaschistInnen aus,
Kiel,Eutin,Rendsburg,Hamburg,Harburg-Land,Nordharz,Braunschweig und Bremen.
Unsere ersten und zweiten Überlegungen zu Wunsiedel 92
Wir gehen davon aus diese faschistische Demo nicht verhindern zu können (2000-3000 Faschisten,die unentschloßenheit letztes Jahr, wo 50 USKLer 500 AntifaschistInnen über einen Parkplatz jagten,höchstwahrscheinlich kurzfristige Verbote von Wunsiedel usw.),wir würden uns freuen wenn wir uns täuschten und es doch möglich wäre.Finden es aber wichtig im Vorfelde ehrlich mit unseren Möglichkeiten umzugehen, was für die Bestimmung und den Ablauf der Demo wichtig ist (91 wartete jede/r auf den Augenblick des Zusammentreffens mit den Faschisten, dadurch fehlte der Kopf und Bauch für z.B. der simplen Vermittlung an die tausenden "Schaulustigen" warum wir diese Demo machen oder den eigenen Redebeiträgen wurde nicht zugehört).Wir finden es wichtig die zentralen Plätze und Orte an denen die Faschisten sich treffen wollen frühzeitig zu"besetzen", gehen aber davon aus das die Faschisten von den Bullen eben umgeleitet werden und die CSU ein starkes Interesse hat ein aufeinander treffen der beiden Demos zu verhindern.

Überlegenswert finden wir die Frage ob es politisch durchsetzbar ist, daß wir in Wunsiedel Demonstrieren können und die Faschisten nicht - glauben aber daß es recht unwarscheinlich ist.
Sollten wir nicht nach Wunsiedel mobilisieren ist die warscheinlichkeit groß, daß die Faschisten in Wunsiedel selber ungestört ihren faschistischen Dreck verbreiten können (die Verbote waren immer nur mit den möglichen Auseinandersetzungen zwischen den Faschisten und uns begründet).Wir wollen eine BRD und DDR weite antirassistische und antifaschistische Demonstration mit einigen tausend TeilnehmerInnen.Wir wollen versuchen europaweit AntifaschistInnen auf die Demo zu mobilisieren (zumindest da, wo schon Kontakte bestehen).Wir wollen eine Demonstration an der sich viele beteiligen können,die ein Ausdruck der breiten antifaschistischen Bewegung ist,auf der Flüchtlinge und MigrantInnen von ihrer Situation erzählen, auf der "nicht deutsche" AntifaschistInnen von der Situation in "ihren" Ländern erzählen,auf der nichts vergeben und vergessen wird (wir denken z.B. an das Errinnern eines jeden Opfers des faschistischen Terrors des letzten Jahres),auf der was über die Zusammenarbeit zwischen Staat und Faschismus gesagt wird, auf der was über Sexismus gesagt wird,auf der was über die zunehmende akzeptanz breiter Bevölkerungsgruppen für Nationalismus und Rassismus gesagt wird und deren Ursachen und nicht zuletzt was über unseren Vorstellungen einer solidarischen Welt und der antifaschistischen Selbstorganisierung.Die Inhalte sollten auch in der Mobilisierung eine große Rolle spielen.Die Demonstration sollte ein Ausdruck des Widerstandes gegen die zunehmende Rechtsentwiklung sein und schon im Vorfelde sollte die Diskussion vor allem mit Flüchtlings-MigrantInnen-nicht deutschen linken-Gruppen,der gesamten autonomen Szene und nicht nur "Teilbereich" Antifa,Frauen-Anti-Rassismus,"3"Welt-Gruppen gesucht werden.Wir finden eine massive Öffentlichkeitsarbeit, auch schon im Vorfeld,wichtig, z.B. durch;
Flugis,Plakate,Broschüren,Veranst.,Pressearbeit ,Konzerte, gleichzeitig fänden wir es gut, schon bestehende antifaschistische Infrastruktur zu nutzen (z.B. das Antifa-Info Berlin macht im Vorfelde eine Schwerpunktnr. zu Wunsiedel und den Hintergründen).Die faschistischen Organisationen und Personen die nach Wunsiedel kommen und auch regional nee Rolle spielen werden auch regional im Vorfelde thematisiert (was z.B. für Hamburg heißen könnte, die auch für Wunsiedel wichtigen Rieger und Worch vor Wunsiedel politisch und materiel anzugreifen).
Daß die Demo geschloßen laufen soll, ohne Abgriffe der Bullen ist klar und über gesicherte An-und Abfahrten müßen wir auch reden.

Behindern,Verhindern,Angreiffen

Wir finden es richtig und wichtig faschistøische Demos, wo möglich zu verhindern.Für Wunsiedel halten wir eine Doppelstrategie für realistisch.Einerseits (wie oben beschrieben)durch eine starke bündnis Demo ihnen politisch zu begegnen und wo möglich den Faschisten "Räume und Plätze" zu nehmen, andererseits sie gezielt in ihren Vorbereitungen und dem Ablauf ihrer Demo Anzugreiffen.Beides sollte als "Einheit" vor,auf und nach der Demo politisch vermittelt werden. Konkret stellen wir uns vor, daß sich erfahrene Gruppen überlegen wo es Ansatzpunkte für eine mögliche Störung der faschistischen Infrastruktur gibt.Einige Ansatzpunkte sind für uns:Welche Personen sind für die Planung und Durchführung von Wunsiedel wichtig, woher kommt die Infrastruktur für die Demo (Lautsprecherwagen), wo werden die Flugis gedruckt,wie fahren die Faschos zur Demo (Sammelpunkte,Busse,Fahrrouten) usw.?
Zusätzlich finden wir es gut zu überlegen wo es innerhalb der Faschodemo selber Ansatzpunkte gibt.Desweiteren schlagen wir eine Anlaufstelle (Tele.Nr.?) vor, an der die Infos über "Störaktionen" vermittelt werden um die Infos schon auf der Demo vermitteln zu können und um mit ihnen offensiv Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

ZUR ERKLÄRUNG DER RAF

Wir sind Menschen aus dem Widerstand, die auch schon seit längerem gemerkt haben, daß antiimperialistischer und autonomer Widerstand mit ihrer Politik an Grenzen gestoßen ist.
Aus dieser Erfahrung haben wir versucht- und es immer noch ein Ausprobieren- mit anderen Menschen, die nicht in diesen Szeneghettos stecken, zusammenzukommen. Dabei haben wir einiges davon mitgekriegt was sich auf der Straße anfängt zu organisieren, sei es im Antifa-bereich oder z.B. mit Teilen von Jugendlichen.
Wichtig dabei war für uns immer wieder, welche Rolle darin militante Politik haben kann.
Aus diesen Diskussionen und Erfahrungen heraus, haben wir einige Gedanken zu eurer Erklärung.
In dem Zusammenkommen mit anderen gab es immer wieder die Erfahrung, daß die militante Politik nicht die Möglichkeit allein sein kann, daß es nen Bezug geben muss, natürlich nicht abstrakt, d.h. die Menschen müssen die Möglichkeit haben von ihren eigenen Widersprüchen, die aus ihrem eigenem Alltag spürbar sind, eine eigene Widerstandsform entwickeln zu können, die nicht mit ner völligen Ignoranz niedergetrampelt oder abstrahiert wird. Das meint aber nicht generell in der Phase keine militante Politik durchsetzen zu können, sondern daß Kontakte und Miteben gelernt werden muß. Die Probleme, die die "sogenannten Anderen" haben, sind oft unsere eigenen. Ob es nun um Wohnungsnot geht oder menschliche Charakteristiken; wir allesamt haben es doch tatsächlich immer wieder geschafft, ein abstraktes Gedankengut mit sau vielen Ansprüchen an den Tag zu legen, was nur eine abschreckende Wirkung haben kann, oder unsere Privilegien, welche wir über eine Organisierung haben in erster Linie für uns zu behalten. Das liegt auch daran, daß es einfach ist zu formulieren, wo gegen wir sind, aber es kaum eine greifbare gesellschaftliche Alternative für die Menschen in ihrem Alltag gibt.
Auf der einen Seite wird versucht durch eine breite Bündnispolitik eine Verbundenheit zu anderen Menschen zu schaffen, was aber sehr schwierig ist.
So gelang es z.B. zur Hs-Demo 89 viele Unterschriften von verschiedensten Gruppen unter den Aufruf zu kriegen. Aber es gab von diesen Organisatoren kaum eine Mobilisierung.
Von einigen Gruppen war ihr einziges Interesse, daß mit der Zusammenlegung der Gefangenen der bewaffnete Kampf endlich zu Ende ist.
Daß es so laufen konnte lag auch daran, daß es von autonomen und antiimperialistischen Gruppen kaum eine gemeinsame Diskussion und schon gar keine gemeinsame politische Einschätzung gab.
Und ohne eigene Inhalte und Praxis geht Mensch in so einem Bündnis unter. Das ist die Erfahrung bis heute.

Auf der anderen Seite wird geschaut, was sich auf der Straße, z.B. unter den Jugendlichen organisiert. Aber auch da gibt es ne Menge Probleme. Hier wirkt die totale Brutalisierung der Verhältnisse. Es scheint leicht z.B. ausländische Jugendliche zusammenzukriegen, um gegen die Faschos und Bullen vorzugehen, aber schwer ihnen zu vermitteln, wofür wir eigentlich kämpfen.
Nun aber zu eurer Erklärung.
Aus unseren Erfahrungen finden wir es weiterhin wichtig, daß es gezielte militante Aktionen gibt. Es muß nur viel genauer diskutiert und überlegt werden, wie diese Aktionen eingesetzt und vermittelt werden.
Wir stehen da auch in einem Widerspruch. Wenn wir uns die Verhältnisse um uns herum anschauen, gibt es genügend Gründe jederzeit zuzuschlagen.
Wir haben da auch vielleicht eine andere Analyse der Verhältnisse als ihr. Klar sehen wir auch, daß die Herrschenden sich an verschiedenen Punkten nicht einig sind. Vielleicht gibt es auch die Chance diese Widersprüche zu nutzen und einige gefangene GenossInnen rauszuholen und zu erreichen, daß die anderen bis zur ihrer Freiheit zusammengelegt werden. Aber auch das werden sie nur unter gehörigem Druck machen.
Einigkeit besteht aber in ihrem Machtapparat jegliche organisierte radikale Opposition zu zerschlagen. So haben sie nach der Räumung der Mainzerstraße mit der militärischen Drohung fast alle Häser befriedet und ihnen ihre Bedingungen aufgedrückt. Gerade auch weil die Mainzerstraße bei allen Schwierigkeiten ein Anziehungspunkt für viele geworden ist, weil dort in Anfängen spürbar war, daß gemeisames solidarisches Handeln und Leben der Macht dieses Staates eine Grenze setzt. Für die geplanten Mieterhöhungen und Umstruktuierungen im Ostteil Berlins war dies eine Gefahr.
Oder jetzt überziehen sie, nachdem ein führender Fascho umgelegt wurde, ausländische GenossInnen mit einer Einschüchterungs- und Repressionswelle, darunter auch Jugendliche, die angefangen haben, sich gegen den faschistischen Terror zu wehren, während gleichzeitig die Faschos weiterhin ungestört morden dürfen.
Einigkeit besteht auch in ihrem täglichen Rassismus gegen Flüchtlinge.
Viele Menschen merken, daß die Schraube aus Unterdrückung und Ausbeutung immer fester angezogen wird.
Wie gesagt es gibt genügend Gründe zu intervenieren. Da ist auch eure Erklärung widersprüchlich.
Es herrscht Krieg.
Am Beispiel von ausländischen Menschen hier.
Jahrelang reden wir von Internationalismus. Was heißt das denn konkret heute. Folgende Situation: Jede Woche eine(n) Tote(n), jeden Tag eine(n) Verletzte(n)... Es ist total eskaliert. Da ist nix mit Ruhe.

Teile von Jugendgangs sagen dazu: "Sie haben den Krieg angefangen, wir werden ihn beenden". Und entweder haben wir dazu ein Verhältnis und damit meinen wir, daß es vom Herzen kommt, oder wir machen uns nur noch unglaubwürdiger nach jahrelanger Parolenbrüllerei. Nicht nur nach außen, sondern auch uns selbst gegenüber. Im Antifabereich besteht außerdem unserer Meinung nach die Möglichkeit genau die Vorstellung von Organisierung, die ihr da so angerissen habt, aufzubauen. Z.B. gab es Leute, die versuchten Abtransporte zu verhindern. Es gibt Leute, die Pennplätze organisieren. Es gab Feten an der Uni, Veranstaltungen, Schutz von Flüchtlingsheimen, sowie militante Kräfte.

Jedoch die Haltung "Krieg kann nur mit Krieg beantwortet werden" ist zu kurz. Die Frage, auch jetzt, ist doch wie und wann kann gezielt interveniert werden, so daß die Menschen nicht nur die Aktion gut finden, sondern daraus einen Teil ihrer Kraft ziehen, um selber zu eigenem Handeln zu kommen.

Da akzeptieren wir auch eure Entscheidung die Eskalation zurückzunehmen und jetzt keine Angriffe auf führende Eliten aus Politik und Wirtschaft zu machen. Gerade an euren Aktionen der letzten 2 1/2 Jahre und ihrer Wirkung, kapieren wir das.

Viele Menschen fanden einfach gut, daß solche Schweine wie Rohwedder und Herrhausen weg sind, aber es hat kaum was politisch witergebracht, eure Aktionen wurden kaum aufgegriffen, auch von uns nicht.

Wir schreiben dies zu eurer Praxis, weil sich darin die ganze Widersprüchlichkeit gezielter Interventionen ausdrückt.

Zu unseren eigenen Praxis denken wir, daß wir viel zu oft viel zu unvermittelt gehandelt haben und uns auf der Legitimation z.B. gezielter Angriffe aus Demos heraus ausgeruht haben und uns gar nicht mehr die Mühe gemacht haben, dies anderen Menschen zu vermitteln. Bei anderen militanten Aktionen aus dem Widerstand sehen wir das so ähnlich.

Aus all dem denken wir, daß es total wichtig ist, jetzt eine Diskussion zu führen, wie militante Politik eingesetzt werden kann, aber nicht ob überhaupt. eine unsere existenziellen Erfahrungen war und ist, daß nur Kampf wieder Kampf erzeugt.

Wir wollen darüber reden, wie eine Dialektik geschaffen werden kann, zwischen dem Aufbau von Strukturen von unten und militanter Praxis -jetzt und heute.

Wir verstehen eure Erklärung auch in dieser Richtung, auch wenn wir vieles schwammig formuliert finden. Aber ein Papier kann auch keine ganze Diskussion ersetzen, genauso wie wir unseres nur als Anfang einer Diskussion mit euch und mitallen, die noch weiterhin eine grundsätzliche gesellschaftliche Umwandlung wollen, begreifen.

Solidarische, herzliche, kämpferische Grüße

Brandanschläge auf Autos von zwei Bezirkspolitikern

Polizei sieht Motiv in der Baupolitik / Hoher Sachschaden

Auf die Autos des Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (CDU) und des Kreuzberger SPD-Spitzenkandidaten Peter Strieder sind in der Nacht zum Freitag Brandanschläge verübt worden. Dabei brannte Buschkowskys Fahrzeug in der Garage völlig aus, Strieders Wagen wurde schwer beschädigt. Die Polizei, die einen politischen Hintergrund annimmt, hatte gestern noch keine Spur der Täter, nachdem zwei zunächst festgenommene Männer wieder freigelassen worden waren. Der Senat verurteilte die Anschläge scharf: Der Regierende Bürgermeister Diepgen sprach davon, diese Taten zeigten, daß den Radikalen von links und rechts am Wahlsonntag eine klare Absage erteilt werden müsse. Von einem „Akt feiger Gewalt" sprach der SPD-Landesvorsitzende Momper. Derartige kriminelle Attacken seien Angriffe auf die Demokratie.

Der Neuköllner Bürgermeister hatte den Brand kurz nach Mitternacht bemerkt. Kurz nachdem er zu Bett gegangen war, hörte er verdächtige Geräusche, berichtete er. Als er nachsah, schlugen bereits die Flammen aus der an das Einfamilienfertighaus gebauten Garage. „Wenn ich es nicht rechtzeitig bemerkt hätte, wäre möglicherweise das gesamte Haus abgebrannt." Buschkowsky schätzt den entstandenen Schaden auf etwa 120 000 DM. Ein mögliches Motiv sieht er in seiner politischen Tätigkeit und seinem Amt, sagte er. „Der Bürgermeister ist Zielscheibe aller Aggressionen." Er habe sowohl im Büro als auch zu Hause bereits Drohanrufe erhalten. Auch vor seiner Mutter werde nicht haltgemacht.

Der Audi 100 des Kreuzberger SPD-Bürgermeisterkandidaten Peter Strieder stand auf einem öffentlichen Parkplatz an der Friedrich-Stampfer-Straße in Kreuzberg. Kurz nachdem er durch die Flammen schwer beschädigt worden war, stellten Polizisten in der Nähe des Tatortes zwei Personen, die einen Benzinkanister bei sich hatten. Sie wurden jedoch wieder auf freien Fuß gesetzt, da sie den Ermittlungen zufolge die Tat nicht begangen haben. Sie wollten lediglich Benzin für ihr mangels Treibstoff liegengebliebenes Fahrzeug holen.

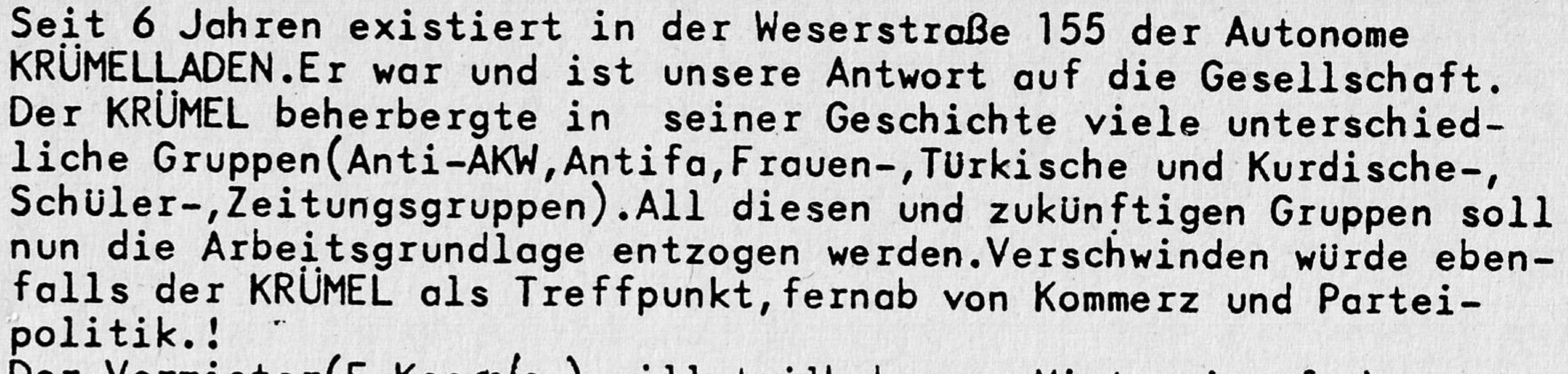
Die Polizei vermutet den Hintergrund für die Anschläge in der Baupolitik und dem dadurch befürchteten Strukturwandel in verschiedenen Bereichen beider Bezirke. In einem Flugblatt, das zu einer Demonstration gegen die „Umstrukturierung innerhalb des Bezirkes Neukölln" am Donnerstag aufrief, wird beispielsweise Buschkowsky – neben anderen – persönlich genannt. Wörtlich heißt es dort: „Wir werden uns nicht wehrlos den wirtschafts- und strukturpolitischen Vorstellungen eines Buschkowsky . . . unterwerfen." Befürchtet wird, daß die „gepriesene Umstrukturierung" den Versuch darstelle, „die alte Wohnbevölkerung aus den Bezirk hinaus zu strukturieren".

Der polizeiliche Staatsschutz hat bisher noch keine Anhaltspunkte auf die Täter. Da in beiden Fällen keine Reste von Brandsätzen oder Zündmitteln gefunden worden sind, konnte bisher noch nicht einmal festgestellt werden, wie die Brände gelegt worden sind.

weso

KRÜMEL VERTREIBEN ?

NIEMALS NIE !


Seit 6 Jahren existiert in der Weserstraße 155 der Autonome KRÜMELLADEN.Er war und ist unsere Antwort auf die Gesellschaft. Der KRÜMEL beherbergte in seiner Geschichte viele unterschiedliche Gruppen(Anti-AKW,Antifa,Frauen-,Türkische und Kurdische-, Schüler-,Zeitungsgruppen).All diesen und zukünftigen Gruppen soll nun die Arbeitsgrundlage entzogen werden.Verschwinden würde ebenfalls der KRÜMEL als Treffpunkt,fernab von Kommerz und Parteipolitik.!

Der Vermieter(E.Kesseler) will teilhaben am Mietpreisaufschwung in Neukölln und sich so auf Kosten anderer ´ne goldene Nase verdienen.

Zum 1.Juni 1992 sollen wir verschwinden?!

BIS ZUM BITTEREN ENDE

Noch geben wir uns nicht geschlagen

Mo.: 18 Uhr Cafe
Di.: 18 Uhr Antifa-cafe´,19,30 Antifa-Veranstaltungen
Mi.: 19 Uhr Neuköllner-Anti-Umstrukturierungsplenum (14-tägig)
Do.: 19 Uhr Volxküche
Fr.: Frauentag
Sa.: 15,29 Uhr Fußballcafe"Linksaußen"

Sonnabend 30.5.92 20 Uhr Abschiedsparty 1.Teil

Sonntag 31.5.92 00 Uhr Abschiedsparty 2.Teil

Montag 1.6.92 19 Uhr Reuterplatz

DEMO gegen Räumung des KRÜMELLADENS

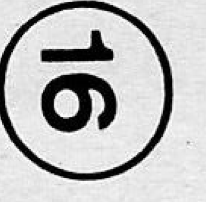
Liebe Leute!
n´ paar Ergänzungen zum Plakat:

- Der Vermieter ist Rechtsanwalt, wohnt in MÜNCHEN (Freising), seine Telephonnr.: **Eckehart Kesseler** 08092-6800

- Zur Demo soll es noch eine VV geben.

- Der Nachmieter ist der jetzige Nachbar des Krümel (Teppichladen), woll´n sich auf jeden Fall vergrößern, damit "der Dreck" (Zitat) wegkommt?!

- Um Mißverständnissen vorzubezgen, der Reuterplatz is´in Neukölln und geht von der weserstraße ab.



Die Chance für einen revolutionären Neuanfang nutzen!

Einige Überlegungen und Vorschläge zum Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen

I. 'Was Praktisches' tun?

"aus diesen jahren kamen die in der ddr verhafteten, außer einer, zur raf, in unserer sprechkurzfassung: an der empörung über den knast mobilisiert, in dieser mitt-70er polithölle zur propagandistischen "raf-spitze" getrieben, vor oder nach 77 plötzlich illegal, ganz schnell ernüchtert, am falschen ort oder sowieso nur vor der 77-er walze geflüchtet. andreas hatte weit vorher noch versucht, diese entwicklung zu kippen: 'folter ist kein revolutionärer kampfbegriff.'"

Helmut Pohl 1990

"Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialist*Innen*gesetzes, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenen voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen, alle ihre Forderungen auf friedlichem Weg durchzuführen. Man/*frau* redet sich und der Partei vor, 'die heutige Gesellschaft wachse in den Sozialismus hinein', ohne sich zu fragen, ob sie nicht damit ebenso notwendig aus ihrer alten Gesellschaftsverfassung hinauswachse und diese alte Hülle ebenso gewaltsam sprengen müsse (...). Dies Vergessen der Hauptgesichtspunkt über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart willen mag 'ehrlich' gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der 'ehrliche' Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen."

Engels 1891 234 f.

In Diskussionen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen taucht immer wieder die Forderung auf, '(irgendet)*was Praktisches*' zu machen. Diese Forderung ist in Anbetracht der Situation in den Knäste nur zu verständlich. Gleichzeitig scheint mir in diesem Drängen zur 'Praxis' und der Hintenanstellung der strategischen Reflektion *ein* Grund dafür zu liegen, daß
+ + dieser Kampf bisher kaum durchgreifende Erfolge hatte
und
+ + RevolutionärInnen bei Bündnissen mit ReformistInnen über den Tisch gezogen werden können.
[Ich werde im Anhang 1 zu dem Papier zeigen, daß diesem Praxis-Begriff ein grundsätzliches Mißverstehen des marxistischen Praxis-Kriteriums zugrundeliegt. Dieses theoretische Mißverstehen führt notwendiger zu rechts- oder linksopportunistischen *politischen Konsequenzen* - und zwar in der Vergangenheit der RAF zu linksopportunistischen (militaristisch-sektiererischen) und gegenwärtig zu rechtsopportunistischen Konsequenzen (Verschweigen der revolutionären Problematik). Oder wie die "Kommune Carlos Marx, Gefangene der PCE (r) und der GRAPO" schon vor längerer Zeit über die "antiimperialistische' Strömung" in der "europäischen revolutionären Bewegung"[1] geschrieben hat: "Aber es fehlt ein gefestigter leninistischer Geist, genauso wie die Absicht, eine Partei zu schaffen, die die Arbeiter*Innen*klasse organisieren, erziehen und führen kann. Sie verfallen deshalb früher oder später in opportunistische, bürgerliche Positionen."[2]]
Aber zurück zum Kampf für die Freiheit der Politischen Gefangenen: In einer Antwort auf das Cash-Papier in der "interim" vom Sommer vergangenen Jahres wurde richtig erkannt: "Diese Konzepte (der inneren Sicherheit, d. Verf.), zu denen ja die sogenannte Terrorismusbekämpfung und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen gehören, sind keine Ergebnisse von Hysterie, sondern durchaus geeignet, oppositionelle Politik zu bekämpfen. Die Haftbedingungen und der § 129a dienen auch dazu, Diskussionen über militanten Widerstand zu verhindern und zu unterdrücken, und sind so im Sinne des Staates genau die richtige Politik. Daher reproduzieren sich im Kampf um Zusammenlegung oder Freilassung der Gefangenen die grundsätzlichen Schwierigkeiten revolutionärer Politik."[3] Es sei denn - so ist hinzuzufügen - die Gefangenen verzichten fernerhin auf revolutionäre Politik.
So zeigt sich, daß es - im Positiven wie im Negativen - unmöglich ist, sich zur Frage der Haftbedingungen bzw. der Freiheit der politischen Gefangenen zu verhalten, ohne daß dies Auswirkungen auf den revolutionären Prozeß insgesamt hat. Nur wenn in der Mobilisierung für die Freiheit der politischen Gefangenen die Frage der revolutionären Perspektiven mit *diskutiert* wird, ist es möglich, humanistischen, reformistischen, staatstragenden - kurz: konterrevolutionären - Absichten/Konsequenzen entgegenzuwirken!

---

[1] Kommune Carlos Marx o.J., 440.
[2] Kommune Carlos Marx o.J., 443.
[3] Berliner GenossInnen 1991, 27.

II. Die befreienden Elemente der Erklärungen von RAF und Gefangenen für einen revolutionären Neuanfang nutzen!

> "Jede*R* halbwegs ernsthafte und bewußte Arbeiter*In* begreift leicht, daß man/*frau* in einem bestimmten Moment kein revolutionäres Programm und auch kein militärisches Programm der Proletarier*Innen* hat. (...). Aber diese*R* gleiche Arbeiter*In* wird es als schweren Fehler bezeichnen, wenn man/*frau* immer wieder aufs Neue die Ausarbeitung des kommunistischen Programms von sich weist und verweigert. Diejenigen, die eine solche Haltung einnehmen, beweisen, daß ihre hochtönenden sozial-befreienden Erklärungen und Manifeste lediglich ein Wortschwall sind, mit dem sie nur ihre irrigen politischen Positionen mit revolutionärer Phraseologie verbrämen wollen."
>
> **Kommune Carlos Marx o.J., 441**

Der gegenwärtige Zustand der (revolutionären wie auch reformistischen) Linken braucht nicht mehr ausführlich beschrieben werden: Die (parlamentarische) Linke kann die Schwierigkeiten der Regierung mit den Folgen des Anschlusses nicht für sich Nutzen. Vielmehr waren diese Folgen bisher Wasser auf die Mühlen von faschistischen Organisationen (ohne daß dies allerdings die Faschisierungs-These von "KONKRET" und Gruppe K begründen würde). In den GRÜNEN wird im Zuge der Vereinigung mit dem Bündnis '90 offen über eine Wiedervereinigung mit der ÖDP diskutiert. Linksgrün-dominierte Organisierungsversuche wie die Radikale Linke (Ebermann u.a.), Ökologische Linke (Ditfurth u.a.) sind ohne Anziehungskraft geblieben. Die DKP und die ihr nahestehenden Strukturen sind auf ein Bruchteil ihrer Vor-Wende-Größe geschrumpft oder haben sich wie der "Freitag" (ehemals "Deutsche Volkszeitung" bzw. "DVZ/die tat") sozialdemokrati- bzw. linksliberalisiert. Der KB hat sich gespalten. Versuche, von einem nicht-sektiererischen, revolutionären Standpunkt aus in die "Radikale Linke" bzw. in die PDS zu intervenieren oder auf eine Zusammenarbeit verschiedener nicht-stalinistischer, marxistischer Splittergruppen/Zeitungen (Marxistisches Forum) hinzuarbeiten, sind gescheitert. Die Revolutionären Zellen befinden sich in einem Prozeß der inhaltlichen und organisatorischen Zerrüttung. Im autonomen Spektrum wird im Zuge des Kampfes gegen Stasi und RIM der Antikommunismus offener als bisher ausgelebt; im autonomen und Antiimp-Spektrum entdecken auf einmal viele ihr Herz für Verkehrsberuhigungen.

Ein Potential für einen revolutionären Neu*anfang*[4] sehe ich vor diesem Hintergrund allein im **autonom-kommunistischen Spektrum** und bei jenem Teil der **Antiimps**, der mit der Kritik der GRAPO-Gefangenen an der RAF und den Diskussionen der kämpfenden Gefangenen in Italien sympathisiert, aber diese Vorstellungen bisher *nicht im Konflikt zur RAF vertreten wollte oder konnte*. Hier zumindest kann die Entscheidung der RAF, ihre bisherige spezifische Praxis einzustellen, vielleicht eine befreiende Wirkung für neue Überlegungen und Praxisansätze haben.

In dieser Situation gibt es zwei Möglichkeit, auf die Erklärungen von RAF und Gefangenen aus RAF und Widerstand zu reagieren:

+ + Entweder man/frau wartet in theoretisch-perspektivischer Hinsicht ab, ob *sich* etwas entwickelt, und will in 'praktischer' Hinsicht '(irgendet)*was machen*' - ohne sagen zu können, *was warum* zu machen ist. In diesem Fall - so ist unschwer zu prognostizieren - wird der Zerfall der Rest-Linken wie bisher weitergehen - und die freigelassenen Gefangenen werden sich demnächst mit der Unterstützung der Eltern-Initiative in der Stresemannstraße in Hamburg befassen (s. das Fernseh-Interview der Lübecker Gefangenen).

Auch reicht es bei weitem nicht aus, bloß eine aufklärerische Praxis fortzusetzen, in der gezeigt wird, wie böse der Imperialismus ist. Zu sagen, *was ist*, mag zwar vielleicht in der Tat, wie Rosa Luxemburg sagt, die *größte* revolutionäre Tat sein; aber die *entscheidende* revolutionäre Tat ist es nicht. Denn das *Wissen*, wie die Wirklichkeit *ist*, setzt sich bekanntlich nicht automatisch in eine revolutionäre Praxis zur Umwälzung dieser Wirklichkeit um. Der revolutionäre Prozeß verlangt daher - also um die Welt nicht nur anders zu *interpretieren*, sondern sie auch *ändern* zu können[5] - auch eine *ideologische und theoretische Praxis*. Der Satz der RAF, "daß es (...) für alle, die in der BRD eine Geschichte im Widerstand haben, nicht mehr so weitergehen kann wie bisher", muß ernst genommen werden.

+ + Oder aber diejenigen verbliebenen Kräfte, denen es nicht bloß um grün-alternative oder autonome "Freiräume" oder um demokratisch-soziale Reformen geht, stellen sich den *Problemen* revolutionärer Politik in der *gegenwärtigen historischen Situation*. Einige Überlegungen dazu, was dies heißen könnte finden sich in Anlage 2.

---

[4] M.E. besteht keinerlei Grund zur Hoffnung auf einen allgemein-linken Neuansatz. Vielmehr sehen sich taz, Vollmer & Co. durch die Entscheidung der RAF - und das nicht ganz zu Unrecht - in ihrer Politik bestätigt. Wer/welche trotzdem *ganz allgemein* 'neue Wege' suchen will, wird im Allgemein-menschlichen untergehen. Deshalb geht es m.E. zunächst - als *Voraussetzung* für einen revolutionären Neuanfang zunächst um eine *Konsolidierung* der revolutionären *Rest*strukturen.

[5] Marx 1845, 7.

III. Vorschläge für nächsten Schritte

1. Zum Vorschlag einer bundesweiten Demo für die Freiheit der politischen Gefangenen

Bei der Vorbereitung einer solchen Demo müssen m.E. mehrere Schwierigkeiten bedacht werden. Dabei ist die Frage der **Bündnispolitik** und die Frage der Forderungen, für die die Demonstration sein soll, miteinander verbunden.

a) Einheitsfront von unten?

Hinsichtlich revolutionärer Bündnispolitik gibt es immer wieder die Vorstellung, mit Einzelpersonen, aber nicht mit Organisationen aus dem reformistisch-humanistischen Spektrum zusammenzuarbeiten. Den ersten Teil dieses Vorschlages halte ich - in seiner Koppelung mit dem zweiten Teil des Vorschlages - für unrealistisch. Den zweiten Teil des Vorschlages halte ich für schädlich.

August Thalheimer schrieb 1930 in Kritik an der entsprechenden KPD-Taktik: "Sieht man/*frau* jedoch ***grundsätzlich*** davon ab, sich an *Organisationen* zu wenden (...), ***so bleibt vom Wesen der Taktik der Einheitsfront nichts mehr übrig***. Sie wird ***aufgehoben***. Darum bedeutet die 'Taktik der Einheitsfront von unten' tatsächlich die ***Aufgabe dieser Taktik***. Eine Wendung an die Arbeiter*Innenmassen ohne Berücksichtigung ihrer Organisationen* ist aber nur dann und dort richtig, wo die Organisiertheit der Arbeiter*Innen*klasse keine erhebliche Rolle spielt, oder die kommunistische Organisation bereits die ausschlaggebende sind."[6]

Und in einem weiteren Artikel aus dem Jahr 1931: "Die KPD-Instanzen erklären: unterstellt euch der kommunistischen Führung, so seid ihr willkommen in der 'roten Einheitsfront'. Die kommunistische Führung kommt so *scheinbar* zustande, in Wirklichkeit aber nicht, denn es kommt so keine Vereinigung von kommunistischen und mit dem Kommunismus bereits sympathisierenden mit noch nicht kommunistischen Arbeiter*Innen* zustande. (...). Und so kommt es auch nicht zu wirklichen Massenaktionen, die kommunistisch geführt werden, sondern zu ohnmächtigen Parteiaktionen, die künstlich aufgebauscht werden müssen, (...). Wenn die Mehrheit der Arbeiter*Innen* schon bereit wäre, der kommunistischen Fahne zu folgen, sich für den Kommunismus zu erklären, so brauchte es keiner 'Einheitsfront mehr - weder einer 'roten' noch ein andersfarbigen. Die Einheitsfront ist deshalb notwendig, weil die KPD erst eine *Minderheit der Arbeiter*Innen*klasse* beeinflußt, (...)."[7]

b) Welche Forderungen?

M.E. sollte die Demo für die Forderung nach "Freiheit für die politischen Gefangenen ohne Abschwören" (d.h. ohne daß der Staat von den Gefangenen individuelle Erklärungen verlangt, die über das hinaus gehen, was Irmgard Möller bereits im Namen aller Gefangenen aus RAF und Widerstand erklärt hat) sein.

Für falsch hielte ich es dagegen, die Realisierung des im Gespräch befindlichen Zeitplanes (erst Freilassung der Haftunfähigen, *danach* 2/3-Regelung und in *1-2 Jahren* der Rest) zu fordern. Denn erstens will ich, daß alle politischen Gefangenen sofort herauskommen (auch wenn ich weiß, daß das - im positiven Sinne - unrealistisch ist); und zweitens ist mir dieser Zeitplan zur sehr an der Anwendung normalen Haftrechts orientiert, also zu unpolitisch.

Die Forderung nach (sofortiger) Freiheit für die politischen Gefangenen ist dagegen nicht im schlechte Sinne unrealistisch (utopistisch). Damit wird keine revolutionärer Inhalt in reformerischen Formen versteckt, sondern eine tatsächlich Reformforderung aufgestellt, die auch dieser Staat - spätestens seit den jüngsten Erklärungen von RAF und Gefangenen - erfüllen kann ohne sich aufzugeben.

Eine zeitliche Staffelung unserer Forderung halte ich allenfalls unter folgendem Gesichtspunkt für gerechtfertigt: Der Staat (und wir auch?) muß juristische Formen überlegen, die es ihm ermöglichen die 'haftfähigen' Gefangenen, bei denen die 2/3-Regelung noch nicht angewandt werden kann, zu entlassen. In diesem Sinne könnte ich mir dann doch folgende Staffelung vorstellen:

+ + Freiheit für die politischen Gefangenen!

+ + Sofortige Freilassung der Haftunfähigen! Keine Wiedereinknastung der Haftunfähigen, die z.Z. Haftverschonung haben!

+ + Sofortige Freilassung der Gefangenen, die bereits 2/3 ihrer Strafe abgesessen haben, ohne Abschwörituale!

+ + Schnellstmögliche Freilassung der anderen Gefangenen durch Mehrfachanrechnung der Haftjahre in Iso-Haft oder andere geeignete juristische Mittel ohne Abschwören. Bis dahin: Zusammenlegung der Gefangenen und Herstellung von Bedingungen, die eine Kommunikation der Gefangenen untereinander und zwischen ihnen und Gruppen und Einzelpersonen draußen ermöglichen.

Weitere Forderungen sollten sein:

+ + Einstellung aller Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit den Aussagen der ehemaligen Mitglieder der RAF, die in der DDR im Exil waren, sowie wegen der Kommunikation zwischen den Gefangenen.

+ + Abschaffung der §§ 129 und 129a Strafgesetzbuch.

+ + Schließung der Isolationstrakte.

---

[6] Thalheimer 1930, 238 f. - *kursive* Hervorh. i.O., **fette** Hervorh. d. Verf.

[7] Thalheimer 1932, 250 f.

Eine weitere Frage die sich stellt ist: Was ist mit den aktiven RAF-Mitgliedern? Irmgard Möller sagte jedenfalls auf DIE SPIEGEL-Frage, ob sie ihre Forderungen auch "auf Mitglieder der RAF-Kommandoebene, nach denen nach gefahndet wird," erstrecke oder für diese eine Amnestie fordere: "Daran hab' ich nicht gedacht", Mir geht es jedenfalls so, daß ich mir nur schwer eine effektive politische Diskussion mit der RAF vorstellen kann, wenn deren Mitglieder weiterhin dem Fahndungsdruck ausgesetzt sind.

c) Welche Begründung der Forderung(en)?
M.E. sollte keine einheitliche (gemeinsame) Begründung dieser Forderung(en), sondern bloß deren Unterstützung (egal aus welcher Motivation heraus) zur Bündnisbedingung (gleichberechtigte Teilnahme an Demo-Vorbereitung und Durchführung) gemacht werden. (Eine weitere Frage ist: Was ist mit Gruppen/Leuten, die sich mit weniger weitgehenden Forderungen [also völligen eigenständigen Aufrufen] an einer solchen Demo beteiligen wollen/würden? Sprechen wir auch solche Gruppen/Leute von *uns aus* an? Oder warten wir, ob sie sich *von sich aus* melden? Oder sollen derartige Positionen völlig ausgegrenzt werden? Sollen auch solche Position in Form von Redebeiträgen auf der Demo zu Wort kommen?) Ich habe dafür mehrere - teilweise miteinander verkoppelte - Gründe, die auch noch einmal auf die Frage der "Einheitsfront von unten" zurückverweisen:
- auf der Ebene der Bündnispolitik/Breite
+ + Eine Demonstration nur von GegnerInnen einer Versöhnung mit dem Staat würde keinen relevanten Druck ausüben.
+ + Quantität und Qualität der Breite der Demo muß m.E. vielmehr mindestens die Breite der Bonner Demo von 1989 erreichen.
+ + Eine solche Orientierung scheint mir - den Erklärungen und der Gesprächspolitik der Gefangenen nach zu urteilen - auch der Position der Gefangenen zu entsprechen. Uns steht es nicht an, den Kampf der Gefangenen für ihre schnelle Freilassung durch besonders harte Bündnisanforderungen zu konterkarieren.
- daraus politisch oder praktisch folgend:
+ + eine Schachern um Halbsätze mit dem humanistisch-reformistischen Spektrum kostet viel Zeit, in der aber keine politische Substanz, sondern allenfalls Formellkompromisse gefunden werden können
+ + genauso wenig wie es Sinn hat, eine Anti-Versöhnungs-Position zur Bündnis-Voraussetzung zu machen, so desorientierend (opportunistisch) ist es, wenn RevolutionärInnen einen Demo-Aufruf unterschreiben, in dem nicht gegen eine Versöhnung mit Staat und Kapital argumentiert wird (eine Aufzählung von Patriarchat und Rassismus erübrigt in Anbetracht der [bisherigen?] Ignoranz der RAF in diesen Fragen).

d) Eigener revolutionärer (kommunistischen) Demo-Aufruf

> "Wir sind (während des HS 1989, Einf. d. Verf.) daran gescheitert, politisch offensiv zu vertreten, und nicht moralisch zu vermitteln, für welche Politik ihr im Knast seid. (...). Die in der Kürze der Zeit nicht zu lösenden Schwierigkeiten bestanden also u.a. darin, daß wir aufgrund unserer mangelnden politischen Klarheit, unserer fehlenden Einheit, unseres Schielens auf bürgerliche Kräfte von den Gruppen inhaltlich mit Leichtigkeit überrollt werden konnten, die mit ihrer Unterschrift unter die ZL gleichzeitig die Kapitulationsurkunde fundamental-antagonistischer Systemopposition mitunterzeichnet haben. Diese politischen Kräfte von Lochte über die Taz bis zum Osterappell und den Grünen sind politisch nicht offensiv genug ausgegrenzt worden."
>
> **Autonome Gruppe Marburg 1990, 26**
> **(Ob das letztere die richtige Konsequenz zu der damaligen Situation ist, wage ich allerdings zu bezweifeln.)**

Daraus folgt für mich die Notwendigkeit, einen eigenen revolutionären (kommunistischen) Demo-Aufruf zu schreiben, in dem 'wir' (wer/welche ist das?)
+ + *unsere Begründung* der genannten Forderung(en) und eventueller weiterer Forderungen vertreten,
+ + gegen eine Versöhnung mit dem Staat argumentieren
und
+ + zumindest *grob anreißen*, wie 'wir' uns *erste Schritte* (welche das sind muß noch geklärt werden) für einen revolutionären Neubeginn vorstellen.
Ein solcher Separat-Aufruf wäre m.E. selbst (gerade?) dann notwendig, wenn die Demo nur zusammen mit dem autonomen Spektrum vorbereitet und durchgeführt werden sollte. Denn notwendig ist gegenwärtig u.a. gegen die Annäherung(?) der RAF an die Autonomen bzw. gegen die Vereinnahmung der RAF-Erklärung durch die Autonomen zu argumentieren. Die entsprechenden - zu *problematisierenden* - Stichwort sind hier: "Gegenmacht von unten", "unmittelbare positive Ziele", "gesellschaftliche Alternative hier und jetzt", "eigene soziale Werte im Alltag", "Veränderungen für das Leben der Menschen *heute* (...) *langfristig* den Herrschenden die Bestimmung über Lebensqualität entreiß(en)" (**letztlich also ein Gradualismus, der die Machtfrage nicht mehr stellt**[8]), **implizite Verneinung von Möglichkeit und Notwendigkeit einer revolutionären Avantgarde (s. dazu den Jubel von Herrn Pepone [interim 191, 30.04.1992, S. 12] und die Kritik von VERS [ebd., S. 18] an den entsprechenden Formulierungen in der RAF-Erklärung).**
Ausgangspunkt eines solchen revolutionären Demo-Aufrufes sollte folgende These der GenossInnen des Gefangenen-Kollektivs *Wotta Sitta* sein:
"Die taktischen und strategischen Machtziele der proletarischen Revolution; die wirkliche Emanzipation vom Kapitalismus in all seinen Ausformungen; der Kommunismus und die geschichtlichen Übergänge, die ihn möglich machen; **die Zerstörung des bürgerlichen Staates und** noch mehr **des Imperialismus** als internationaler politischer Macht der Bourgeoisie **sind die grundsätzlichen Punkte**, um die herum auf die eine oder andere Weise das Fortschreiten einer echten Guerillastrategie in den Metropolen entschieden wird. (...). Sowohl der **Militarismus als auch der Opportunismus** sind nicht nur Ausdruck von Auffassungen gewesen, die **zur Führung des Klassenkriegs** in den Metropolen **ungeeignet** waren. Es handelte sich vor allem um falsche Antworten auf die Erschöpfung einiger wichtiger Punkt einer bestimmten Phase des bewaffneten Kampfes aus Unfähigkeit, den **Kern des Problems** zu erkennen: den **Wiederaufbau einer revolutionären Strategie** mit der **Erneuerung des politisch**-organisatorischen Betriebs, der den bewaffneten Kampf von seiner Entstehung an und während der gesamten Anfangsphase unterstützt hatte, seine Neuqualifizierung hin zu notwendigerweise **neuen Zielen und Aufgaben**, die jedoch eine **Kontinuität mit der vorausgegangenen Erfahrung** aufweisen muß."[9]

2. vor- und nachbereitende sowie begleitende Aktivitäten
Auch dies wäre aber m.E. noch nicht ausreichend, um auf die gegenwärtige Situation adäquat zu reagieren. Ich möchte deshalb drei weitere Vorschläge machen:
1. Durchführung von Veranstaltungen mit ausländischen GenossInnen, die über die dortigen Diskussionen über eine "politische Lösung" berichten
2. Erstellung einer Broschüre mit den aktuellen Diskussionsbeiträgen zur Erklärung der RAF und wichtigen älteren Texten zur Diskussion über bewaffneten Kampf und revolutionäre Perspektiven (genaue Auswahlkriterien müßten diskutiert werden)
3. Im Herbst Durchführung eines Seminars (der Begriff ist absichtlich gewählt; ich schlagen vor, auf einige Dutzend TeilnehmerInnen zu orientieren; etwas Größeres [Kongreß; Konferenz] kann m.E. in nächster Zeit nicht den damit verbundenen Erwartungen entsprechend inhaltlich und organisatorisch vorbereitet werden) zum Thema Auswertung der Erfahrungen des bewaffneten Kampfes / Neubestimmung revolutionärer Politik.
Perspektivisch sollte daraus eine legale *Struktur* (auch dieser Begriff ist absichtlich gewählt; die Schaffung einer *Organisation* scheint mir auf absehbare Zeit schlechterdings nicht realistisch zu sein[10]) entstehen, die willens und in der Lage ist, im oben beschriebenen Sinne in die Auseinandersetzungen der Linken sowie zumindest ansatzweise mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz zu intervenieren.

Pro Kommunismus

Literatur:

Autonome Gruppe Marburg 1990: Autonome Gruppe Marburg, *Niemand hat eine Strategie wie die Zusammenlegung konkret durchzusetzen ist*, in: *interim.* Wöchentliches Berlin-Info (Westberlin), Nr. 96, 29.03.1990, 24 - 28.
Berliner GenossInnen 1991: Berliner GenossInnen, *Wie offen ist Hanna Cashs' Beitrag zu Diskussion mit den Gefangenen und der RAF? Reaktion auf "Auf ins Offene"* (ak-Beilage von Hanna Cash im ak Nr. 329 v. 8.4.91), in: interim. Wöchentliches Berlin-Info (Berlin), Nr. 150, 06.06.1991, 25 - 35.
Einige Ex-RZlerInnen 1992: Einige Ex-RZlerInnen, *Wenn die Nacht am Tiefsten...* Kritik an RZ-Selbstauflösung, in: *interim*, Nr. 188, 09.04.1992 (falsch nummeriert und datiert mit: Nr. 187, 02.04.1991), 24 - 28
Engels 1891: Friedrich Engels, *Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfes 1891*, in: MEW 22 (1982[6]), 225 - 240.
Gruppe Arbeiterpolitik 1981: Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.), *Der Faschismus in Deutschland.* Band 1. Analysen und Berichte der KPD-Opposition 1928 - 1933, o.O. (Bremen?), 1981[2].
Kommune Carlos Marx o.J.: Kommune Carlos Marx, politische Gefangene aus der PCE (r) und der GRAPO, *Zwei unvereinbare Linien innerhalb der europäischen revolutionären Bewegung*, Gefängnis von Soria, o.J. dt. Übersetzung aus unbekannter Quelle: S. 440 - 454.

---

[8] S. dazu - hinsichtlich der RZ, die in der KONKRET ihre Selbstauflösung bekannt gegeben hat, - die Kritik von Einigen Ex-RZlerInnen 1992, 26 sowie - grundsätzlich: o. Verf. 1988a, 7, der/die meint der autonome, gradualistische "Aktionsbrei" (Revolution = bloße "quantitative Steigerung von Revolten") stehe "einem linksreformistische Politikverständnisse näher" als man/frau zunächst glaube.
[9] Wotta Sitta 1989, 51.
[10] Zu den Voraussetzungen eines neuen Organisationsprojektes s.: Schulze Wiegrefe 1991, 64 f.

Marx 1845: Karl Marx, (Thesen über Feuerbach) (1845), in: MEW (1983[7]), 3 - 7.
MEW: ders. / Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Dietz-Verlag: Berlin/DDR, Bd. 1 ff. (im Literaturverzeichnis zit. n. Band, Jahr und Auflage).
Möller 1992: Irmgard Möller, in: Manfred Ertel / Bruno Schrep, "*Ich will nicht anders leben*". Die inhaftierte RAF-Terroristin Irmgard Möller über ihr Verhältnis zu Staat und Gewalt, in: *DER SPIEGEL* 21/1992, 129 - 135.
Möller et al. 1992: irmgard möller für die gefangenen aus raf und widerstand, "*Die Entscheidung der Genossen ist richtig*". Erklärung der zu lebenslänglicher Haft verurteilten Irmgard Möller zur Waffenstillstandserklärung der RAF, in: taz, 18.04.1992, 6.
o. Verf. 1988a: o. Verf., *Das reformistische Schaf im autonomen Wolfspelz*. - Autonome Theorie(n) zwischen vorkapitalistischer Idylle und spätkapitalistischem Reformismus -, in: *Oktober*. Revolutionäre Sozialisten - RS - (Westberlin), Nr. 25, Sept. 1988, 1 - 14.
Pohl 1990: Helmut Pohl, Dokumentation. *ein machtwahn*. Erklärung von Helmut Pohl, August '90, in: *ak*. Arbeiterkampf / Zeitung des Kommunistischen Bundes (Hamburg), AK 322, 17.09.1990, 23.
RAF 1992: dies., (*Erklärung vom 10.04.1992*), in: *Frankfurter Rundschau*, 15.04.1992, S. 17.
Schöttler 1978: Peter Schöttler, *Rechte oder linke Stalinismus-Kritik*, in: *alternative* (Westberlin), Vol. 118, Feb. 1978, 51 - 59.
Schulze/Wiegrefe 1991: Detlef Schulze / Carsten Wiegrefe, "*Der Staat sind wir alle*" *(Antje Vollmer)?!* BRD-Linke zwischen Staatstragenheit und Selbstisolierung, in: Thomas Klein / Vera Vordenbäumen / Carsten Wiegrefe / Udo Wolf (Hg.), *Keine Opposition. Nirgends?* Linke in Deutschland nach dem Sturz des Realsozialismus, Ch. Links Verlag: Berlin, 1991, 54 - 68.
Thalheimer 1930: August Thalheimer, *Einheitsfront 'von unten' und 'von oben'*, in: *Arbeiterpolitik*, 04.05.1930, zit. n. dem Nachdruck in: Gruppe Arbeiterpolitik 1981, 236 - 239.
Thalheimer 1931: ders., *Einheitsfront und kommunistische Führung*, in: *Arbeiterpolitik*, 08.01.1932, zit. n. dem Nachdruck in: Gruppe Arbeiterpolitik 1981, 249 - 251.
Wotta Sitta 1989: Kollektiv kommunistischer Gefangener *Wotta Sitta*, *Per il Comunismo aqui no se rinde nadie!*, in: gruppe 2 (Hg.), *Per il comunismo...*, *Der Klassenkampf ist der Motor der Geschichte...*, Texte italienischer Gefangenen-Kollektive (*Reihe - texte -*. Sondernummer. Dokumentationen zur Zeitgeschichte 4) GNN-Verlag: Köln, 1990, 10 - 54.

Anhang 2:

Elemente für einen revolutionären Neuanfang

Aufgrund der jüngsten Erklärungen von RAF sowie Gefangenen aus RAF und Widerstand sind noch einmal verschiedene Fragen revolutionärer Politik aufgeworfen worden:
-- die Frage nach dem Verhältnis von "tatsächlichen Veränderungen (...) heute" und "langfristig(en)" Forderungen oder - was m.E. eine genauere Formulierung wäre: nach dem Verhältnis von Reformen und Revolution
-- die Frage nach den Bedingungen von Kompromissen mit dem Staat bzw. mit ReformistInnen
-- die Frage nach dem Verhältnis von politischer und militärischer Praxis.
Dabei ist die Propagierung der Revolution keine Aufgabe für ferne Zeiten.
Darüber hinaus stehen - teilweise als Kontinuität von alter und neuer RAF-Position; teilweise als Probleme, die mit den von mir im Hauptteil des Papieres in Bezug genommen Positionen verbunden sind - folgende Probleme an:
-- die Frage nach dem Verhältnis des Klassenkampfes zu anderen Befreiungskämpfen
-- das Problem einer adäquaten Analyse des Gegenwartsimperialismus
-- das Problem der reformistischen Hegemonie im Proletariat
-- die Frage nach dem Verhältnis von kleinbürgerliche Klassenlage und opportunistischen oder aber revolutionären politischen Positionen.

Ich möchte im folgenden zu diesen sieben Problemkomplexen einige Ausgangspunkte angeben, von denen aus eine Suche nach Antworten erfolgen kann. Diese Ausgangspunkte sind also nicht bereits die Lösung der genannten Probleme, sondern Anregungen, die eine kritische Aneigung und Weiterentwicklung gemäß der gegenwärtigen konkreten Situation verlangen.

I. Reform / Revolution
Es ist erforderlich, den doppelten Zusammenhang zwischen Reformforderungen von RevolutionärInnen und deren revolutionären Absichten auch aktuell darzustellen:
+ + Reformforderungen müssen *auch im Kampf um ihre Durchsetzung* in ihrer Begrenztheit erkannt und benannt werden. Nur so kann der Kampf um Reformen den revolutionären Prozeß nicht behindern, sondern gerade begünstigen. (Vgl.: "Wir betreiben eine selbständige Politik und machen *nur* solche Reformen zu unserer Losung, die *unbedingt* im Interesse des revolutionären Kampfes sind, die *unbedingt* zur Erhöhung der Selbsttätigkeit, der Bewußtheit und der Kammpffähigkeit des Proletariats beitragen."[1]).
+ + Der zweite Aspekt der Aktualität der Revolution auch in nicht-revolutionären Situationen liegt darin, daß der Kampf für die Revolution mehr reformerische Effekte bringt als die Kampf von ReformistInnen *ausschließlich* um Reformen (vgl.: "(...) die Taktik der Reformist*Innen* gewährleistet die Durchführung von Reformen und ihre Realität am *schlechtesten*"[2]).

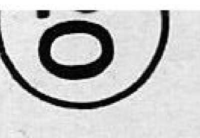
II. Kompromisse
Kompromisse - gegebenenfalls auch mit dem BRD-Staat - sind im revolutionären Kampf immer erforderlich. Sie dürfen aber nicht zur ideologischen Unterordnung der RevolutionärInnen unter ReformistInnen oder Konterrevolution führen. Sie können dem revolutionären Kampf nur dienen, wenn sie mit "*vollster Freiheit* der Agitation, Propaganda und politischen Tätigkeit" verbunden sind. "Ohne die letzte Bedingung (...) wäre (es) Verrat (...)."[3]
"Der Kern der leninistischen Einheitsfrontpolitik besteht darin, dem Proletariat die Möglichkeit zu geben, unter Wahrung einer unversöhnlichen und kämpferischen Organisation und eines ebensolchen Programms wenigstens einen kleinen praktischen Schritt vorwärts zu gehen. *Auf der Basis dieses praktischen Schritts der Massen bemüht sich Lenin, die politischen Widersprüche zwischen Marxismus und Reformismus* weder abzuschwächen noch zu unterdrücken, sondern ganz im Gegenteil sie ***offenzulegen, sie den Massen verständlich zu machen und dadurch den revolutionären Flügel zu stärken***. (...) Vereinbarungen zu praktischen Zwecken dürfen auf keinen Fall mit prinzipiellen Zugeständnissen, dem Verschweigen bestehender Gegensätze und zweideutigen Formulierungen erkauft werden, die jedem Teilnehmer die Möglichkeit offenlassen, sie auf seine Weise zu interpretieren."[4]

III. militärische und politische Praxis

---
[1] Lenin 1906a, 57 - Hervorh. i.O.
[2] Lenin 1906a, 57 - Hervorh. i.O., s.a. ebd., 58.
[3] Lenin 1920, 73 - Hervorh. i.O.
[4] Trotzki 1932, 411 f., 416.

Die RAF hat sich früher auf Lenin (und Mao) ausschließlich insoweit bezogen, als sie die grundsätzliche Notwendigkeit einer militärischen Praxis begründet hatten. Die konkrete strategische Bestimmung des Militärischen durch Lenin (und Mao) hat die RAF dagegen - unter Hinweis darauf, daß die Anarchismus-Kritik des Marxismus aufgrund der Entwicklung des modernen Imperialismus "überholt" sei - verworfen (s. Anhang 1).[5] Genau eine solche konkrete strategische Bestimmung des Militärischen ist aber erforderlich, soll die militärische Praxis nicht - wie bei RAF geschehen - in voluntaristischer Beliebigkeit versanden. Lenin schrieb 1906: "Es ist unzweifelhaft, daß der 'Partisan(*Inn?*)en'kampf gerade nach dem Dezember Verbreitung erlangt hat, daß er mit der Verschärfung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen Krise im Zusammenhang steht. Der alte russische Terrorismus war eine Sache von Verschwörer(*Inne?*)n aus der Intelligenz; jetzt wird der Partisan(*Inne?*)enkampf in der Regel von Arbeiter(*Inne?*)n aus den Kampfgruppen oder einfach von erwerbslosen Arbeiter(*Inne?*)n geführt. (...). Man/*frau* muß die Situation in Betracht ziehen, muß bedenken, welchen Eigenarten die Übergangszeit zwischen großen Aufstandsaktionen aufweist, muß begreifen, welche Kampfformen hier unvermeidlich entstehen, (...)."[6]
Diese Überlegungen können sicherlich nicht einfach auf unsere heutige Situation 'angewandt' werden. Aber sie enthalten einige Eckpunkte, die für unsere eigene konkrete Analyse unserer eigenen konkreten Situation wichtig sind. Eine solche "konkrete Analyse der konkreten Situation" (Lenin) würde es dann auch ermöglichen, die militärischen Aktivitäten der Guerilla *nicht ausschließlich* am Verhalten des Staates gegenüber den Gefangenen zu orientieren, sondern eine Neubestimmung des Verhältnisses von Militärischem und Politischen im revolutionären Kampf so zu leisten, daß dieser eigenständig, ggf. offensiv, geführt werden kann.

IV. Imperialismus: einfache Totalität oder komplex-gegliedertes Ganzes / Identität oder Einheit der Widersprüche
Die von Georg Lukács und der Frankfurter Schule überkommenden, *totalisierenden*, schematischen Imperialismus-Analysen ('Mensch gegen Maschine') müssen überwunden werden. "Der Neohegelianismus interpretiert die Gesellschaft als eine homogene Totalität, die sich um einen einzigen Widerspruch zentriert. Ihre konstitutiven Elemente sind in eine undifferenzierte Ganzheit aufgelöst, die inneren Widersprüche und Querbeziehungen zwischen den besonderen Ebenen und Strukturen innerhalb eines gegebenen Sozialgebildes werden ignoriert. Der Theorie wurde jegliche Autonomie abgesprochen; sie ist zu einem Ausdruck von Klassenbewußtsein geworden statt zu einer Wissenschaft, von der genaue Analyse und Umrisse einer politischen Strategie zu erwarten wären."[7] In dieser Konzeption sind die Widersprüche nicht wirklich entscheidend (dezisiv)[8], sondern bloß expressiv - Ausdruck eines einfachen Prinzips[9]. Dem entspricht die These von der 'Identität der Widersprüche'[10]. Wohin gegen der Marxismus nicht von einer Identität, sondern bloß von einer 'Einheit der Widersprüche' ausgeht. Louis Althusser hat deshalb vorgeschlagen, die gesellschaftlichen Verhältnisse als "komplexes, strukturiertes Ganzes" zu betrachten.[11]
Was die konkrete Umsetzung dieses Analyse-Postulats für heute anbelangt, denke ich, daß das "PER IL COMUNISMO"-Papier von *Wotta Sitta* eine deutlichen Fortschritt gegenüber den RAF-Schematismen bedeutet. Dieses Papier krankt aber seinerseits daran, daß es nun auch schon drei Jahre alt ist und trotz aller Differenzierungen, bspw. hinsichtlich des Krisen-Begriffs, die *Krise* des *Imperialismus* und die *Stärke* der *revolutionären Bewegung* deutlich überschätzt. Was die Analyse der aktuellen Entwicklung der BRD hinsichtlich der Frage 'Faschisierung oder nicht?' anbelangt, kenne ich keinen besseren Text als das "Doitsch-Stunde"-Papier von LUPUS.



stattdessen an *konkreten* Punkten zu einer Arbeit in den Massen zu kommen: "EineN mächtigereN GegnerIn kann man/*frau* nur unter größter Anstrengung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man/*frau unbedingt* aufs angelegentlichste, sorgfältigste, vorsichtigste, geschickteste sowohl jeden, selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feind/*Innen*, jeden Interessensgegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um eineN VerbündeteN unter den Massen zu gewinnen, mag das auch einE zeit-

---

[5] Im gleichen Kontext (nämlich der RAF-Analyse moderner imperialistischer Herrschaft in den Metropolen [RAF 1971, 27; Kollektiv RAF 1972, 97 - 99, 112), in dem die RAF die Anarchismus-Kritik des Marxismus für überholt erklärt, weist sie auch den Mao-Satz, "Wenn das Bewußtsein der Massen noch nicht geweckt ist, und wir dennoch einen Angriff unternehmen, so das Abenteurer*Innen*tum." zurück.
[6] Lenin 1906b, 207.
[7] M. Glucksmann 1970, 74
[8] Karsz 1976, 163.
[9] Althusser 1962, 68
[10] Karsz 1976, 149.
[11] Althusser 1963, 137 - 167, wo auch die hegelsche Konzeption des Widerspruchs und der Totalität ausführlich kritisiert wird.

weiligeR, schwankendeR, unsichereR, unzuverlässigeR, bedingteR VerbündeteR sein."[12] Dies gilt - mutatis mutandis - auch für den Kampf gegen die Nicht-Klassen-Herrschaftsverhältnisse (Patriarchat, Rassismus).

V. Klassenherrschaft - MännerHERRschaft - Rassismus

Was das Verhältnis von Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus anbelangt, bin auch ich dann ausnahmsweise der Ansicht, daß ein Ausgangspunkt gewählt werden muß und gewählt werden kann, der über Lenin qualitativ hinausgeht. Der diesbezügliche Stand der feministischen Debatte ist m.E. in dem 3:1-Papier von Klaus Viehmann und GenossInnen richtig *wiedergegeben*.

Da die Stabilität eines jeden Herrschaftsverhältnisses nicht verstanden werden kann, ohne dessen - wechselseitige - Verflechtung mit den jeweils anderen Herrschaftsverhältnissen zu untersuchen, ist für antikapitalistische weiße Männer die Auseinandersetzung mit Rassismus und Patriarchat keine Frage der Selbstlosigkeit oder der Moral, sondern eine revolutionäre Notwendigkeit. *Deshalb* müssen diese (versuchen,) feministische und antirassistische Kämpfe (zu) unterstützen!

Die Auseinandersetzung mit Patriarchat und Rassismus darf nicht dazu führen, eine neue, notwendigerweise "nur *imaginäre* Einheit in einem *vorgestellten* 'totalen Emanzipationsprozeß'" zu *konstruieren*. Vielmehr ist es notwendig die "Unterschiedlichkeit des unmittelbaren Gegenstandes" der *verschiedene* Befreiungskämpfe - von Schwarzen, Frauen und ArbeiterInnen - zur Kenntnis zu nehmen. Dies kann nur "dazu beitragen, die sachlichen Zusammenhänge zwischen ihnen genauer zu erkennen und auf dieser Grundlage die erforderlichen Bündnisse zwischen ihnen reichhaltiger zu entwickeln".[13]

VI. Der Bezug auf das Proletariat

Wotta Sitta schreibt: "Die Einigung und Politisierung des Klassenkampfes in Europa fördern; an der Verstärkung der proletarischen Fähigkeit zur Organisation des Kampfes und der Kommunikation im Widerstand arbeiten - dies sind entscheidende Bestandteile einer Strategie und einer Praxis der revolutionären Front. Das Ziel muß, die proletarische Initiative zu einigen und zu organisieren, sie auf Gebiete zu lenken, auf denen sich Imperialismus und Revolution bekämpfen, und sie zu einer einzigen tödlichen Waffe gegen den Imperialismus zu machen."[14]

Abgesehen von der grundsätzlich falschen, nicht einmal nebenwiderspruchs-theoretischen Reduktion des revolutionären Kampfes auf den Klassenkampf, ist die hier vorgeschlagene Orientierung auf das Proletariat sicherlich zu begrüßen. Daß im Gegensatz dazu heute in der Linken aber eine allgemein-menschliche Orientierung vorherrscht, ist kein Zufall, sondern eine (falsche) Konsequenz daraus, daß es im Proletariat z.Z. so gut wie keine *realen* Anknüpfungspunkte für revolutionäre Politik gibt.

Wenn *Wotta Sitta* zu den Gegenaktionen zum IWF-Gipfel 1988 bspw. schreibt: "Es handelte sich hier ganz deutlich (sic!) um ein zentrales Moment der Auseinandersetzung zwischen dem internationalen Proletariat und der imperialistischen Bourgeoisie", dann kann man/frau das *bestenfalls* - mit viel gutem Willen - dahingehend interpretieren, daß das, was von autonomer Seite als Mobilisierung von 'Marginalisierten' richtig erkannt und unrichtigerweise glorifiziert wird, hier mit dem Etikett "internationales Proletariat" belegt wird. Das ändert aber nichts an der mißlichen Situation.

Solange es nicht Ansätze zur Bewältigung dieses Problems gibt, wird sich sicherlich an der in der Linken dominierenden Haltung nichts ändern.

Wobei noch hinzuzufügen ist, daß auch die Lage hinsichtlich der anderen Befreiungskämpfe nicht viel besser ist: Denn weder sind auch nur die meisten Frauen revolutionäre Feministinnen oder die meisten Schwarze revolutionäre AntirassistInnen.

nomen als "Ausdruck der Interessen (klein-)bürgerlicher Klassen/Schichten" bezeichnet.[15] Gleichzeitig schreiben sie aber - ebenfalls richtig: "Historisch sieht das so aus, daß die revolutionäre Avantgarde ausgehend von ihrer sozialen Herkunft, auch Klassenherkunft genannt, zum Großteil materiell gesichert war - und deshalb eben primär keine ökonomischen, sondern gesellschaftliche Bedürfnisse entwickelte und Widersprüche zwischen gesellschaftlicher Realität und diesen artikulierte."[16]

---

[12] Lenin 1920, 56 f.
[13] F.O. Wolf, 1988b, 29, FN 27. Ähnlich Balibar 1988, 19, FN 3. F.O. Wolf 1983a, 53, FN 6: "Indem dies alles hinter der allgemeinen, allzu allgemeinen Phrase von der 'allgemeinen Emanzipation des Menschen' verschwindet, stellt sich auch die Gefahr ein, daß die besonderen Aufgaben, die damit gestellt werden - zugunsten eines tröstlichen Optimismus, daß jederlei Emanzipation zwar nicht auf einen Schlag, aber doch zuverlässig nach und nach erfolge, sobald einmal alles seinen 'sozialistischen Gang' geht."
[14] Wotta Sitta 1989, 23.
[15] Kommunistische Brigaden 1991, 7.
[16] Kommunistische Brigaden 1991, 10.

Wann setzt sich denn nun aber eine (klein-)bürgerliche Klassenlage in kleinbürgerliches Bewußtsein um und wann in die Übernahme eine revolutionäre Avantgarde-Rolle? Und wie kann dieser Prozeß beeinflußt werden?

> **"(...) Revolutionär*Innen*, die es nicht verstehen, die illegalen Kampfformen mit allen legalen zu verknüpfen sind sehr schlechte Revolutionär*Innen*. Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen (...) ist, (...). Viel schwerer - und viel wertvoller ist, daß man/*frau* es versteht, einE Revolutionär*In* zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhanden sind, daß man/*frau* es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) (...) in einer nicht revolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf heranführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen - das ist die heutige Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika."**
>
> **Lenin 1920, 84**

Pro Kommunismus

Literatur:

Balibar 1988: Etienne Balibar, *Vorwort*, in: ders. / Immanuel Wallerstein, *Rasse Klasse Nation*. Ambivalente Identitäten, Argument-Verlag: Hamburg / (West)berlin, 1990, 5 - 20.

M. Glucksmann 1969: Miriam Glucksmann, *Einwände gegen Goldmanns Positionen*, in: *alternative*. Zeitschrift für Literatur und Diskussion (Westberlin), Vol. 71, April 1970, 74 - 87 (engl. Erstveröffentlichung: New Left Review [London], Nr. 56, 1969).

Kommunistische Brigaden 1991: Kommunistische Brigaden, *Beitrag für die Debatte in der revolutionären Bewegung Europas*. Für den Kommunismus! Den Bruch vollziehen, den Subjektivismus überwinden, die Debatte vertiefen, die Strategie definieren!, Amsterdam (Niederlande), Mai 1991 (1. Ausgabe).

Lenin 1906a: W.I. Lenin, *Noch einmal über ein Dumakabinett* (1906), in: LW (1972[3]) 11, 55 - 59.

Lenin 1906b: ders., *Der Partisanenkrieg* (1906), in: ebd., 202 - 213.

LUPUS 1991: autonome L.U.P.U.S Gruppe R/M, Doitsch-Stunde. Originalfassung mit autonomen Untertiteln, in: Projektgruppe 1991, 139 - 153 = Schwarzer Faden, Vol. 38, 2/1991, 36 ff. = interim. Wöchentliches Berlin-Info (Berlin), Nr. 56, 18.07.1991, 22 ff.

LW: W.I. Lenin, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, Diez-Verlag: Berlin/DDR, Bd. 1 ff. (im Literaturverzeichnis zit. n. Band, Jahr und Auflage).

Projektgruppe 1991: Projektgruppe Metropolen(Gedanken) und Revolution?, *Texte zu Patriarchat, Rassismus & Internationalismus*, Edition ID-Archiv: Berlin, 1991.

Trotzki 1932: Leo Trotzki, *Vorwort zur polnischen Ausgabe von Lenins "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus"*, in: ders., *Schriften über Deutschland*, GW 1, EVA: Frankfurt am Main, 1971, 411 - 421.

Viehmann 1991: Klaus Viehmann und Genossinnen/Genossen, *Drei zu Eins* - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus, in: Projektgruppe 1991, 27 - 62 (überarbeiteter Nachdruck aus: *interim*, Nr. 125, 25.10.1990, 15 ff.)

F.O. Wolf 1983: Frieder Otto Wolf, *Für eine subversive Praxis der Philosophie*, in: *Das Argument*, Vol. 137, Jan./Feb. 1983, 43 ff.

F.O. Wolf 1988b: ders., *Vom Picknick im sterbenden Wald*, in: *Horizonte*. Info (Köln), Nr. 6, Sommer 1988, 23 ff.

Wotta Sitta 1989: Kollektiv kommunistischer Gefangener *Wotta Sitta*, *Per il Comunismo aqui no se rinde nadie!*, in: gruppe 2 (Hg.), Per il comunismo..., Der Klassenkampf ist der Motor der Geschichte..., Texte italienischer Gefangenen-Kollektive (*Reihe - texte -*. Sondernummer. Dokumentationen zur Zeitgeschichte 4) GNN-Verlag: Köln, 1990, 10 - 54.

DIE BASKISCHE LINKE DER MLNV UND DIE NEUE LINKE STRÖMUNG NAR IN GRIECHENLAND



Auch bei unserem dritten Seminar versuchen wir uns weiter an unserem roten Faden entlangzuhangeln (so dünn dieser auch sein mag). Von Anfang an ging es uns darum aufzuzeigen, daß jenseits von KP-Orthodoxie und autonomer Organisierung eine andere Organisationsform denkbar ist. So beschäftigten wir uns beim ersten Seminar mit den unterschiedlichen Standpunkten in der Linken zum Thema "Spontanität und Bewußtsein". Wir kamen zu dem Fazit, daß die strikte Trennung der beiden Begriffe (wie sie in der ML-Orthodoxie auftritt) eine Konstruktion ist, weil "spontane" Prozesse in der Regel mit Bewußtseinsbildung einhergehen und nicht im Widerspruch zu ihr stehen.
Im zweiten Seminar dann bemühten wir uns, uns einer undogmatischen, geschichtlich nicht mehr so weit zurückliegenden Gruppe, der italienischen "neulinken" Organisation 'Il Manifesto' zu nähern. Bei diesem dritten Seminar jetzt wagen wir den Sprung in die Gegenwart: anhand der baskischen Linken der MLNV (baskischen Befreiungsbewegung) und der griechischen "Neuen Linken Strömung" (NAR), einer Linksabspaltung der KP, wollen wir anschauen, inwieweit auch jene als nicht orthodox zu bezeichnenden Organisationen in den traditionellen ML-Schemata verharren, und wo es ihnen wirklich gelungen ist, neue Wege zu gehen.
Daß wir zwei europäische Organisationen ausgewählt haben, hat nicht nur damit zu tun, daß hierzu einzelne von uns bereits lange arbeiten. Daneben geht es uns vor allem darum, breiter getragene Kämpfe in anderen Ländern des sich "vereinigenden"/vereinheitlichenden Europa besser einschätzen zu können.

Seit den 20er Jahren hat die Linke international gesehen allzu oft den Fehler begangen, den Weg der revolutionären Bewegung eines bestimmten Landes, der dort zum "Sieg" geführt hatte, zu kopieren. Natürlich - Revolutionen müssen den internationalen Rahmen erkennen und sich in ihm bewegen,- aber ihre Grundlage sind die Verhältnisse der jeweiligen Gesellschaften. In diesem Sinne wollen wir keine "Leuchtenden Pfade" weisen oder die Mythenbildung um besonders "tolle" Organisationen in anderen Ländern noch verstärken.
Mehr als von anderen Organisationen lernen zu können, hoffen wir anhand anderer Länder unseren Blick für soziale Prozesse schulen zu können.

GRIECHENLAND

Die Akropolis von Athen, Sonne, kleine Häuschen auf den Inseln im azurblauen Meer...? Worum es am 30. gehen soll, ist das andere Gesicht des Landes mit seiner starken linken Tradition auf der einen und einer ständigen imperialistischen Intervention auf der anderen Seite.
Nach dem 2.Weltkrieg gehörte Griechenland zu den konfliktivsten Staaten Europas. Ähnlich wie in Jugoslawien und Italien kontrollierten die PartisanInnen weite Teile des Landes und die Revolution stand auf der Tagesordnung. Auch nach der kommunistischen Niederlage im Bürgerkrieg gegen die westlichen Allierten und die von ihr gestützte Rechte behielt die KP bedeutenden Einfluß.



Aus der KP ging 1989, als sich die Parteiführung zum Regierungsbündnis mit den Konservativen entschloß und die offizielle KP-Linie immer reformistischer wurde, eine Linksabspaltung hervor, die NEUE LINKE STRÖMUNG, NAR.
In ihr kamen über 50% der kommunistischen Jugendorganisation, die radikaleren Teile der ehemaligen Partei-Basis sowie einige ZK-Mitglieder zusammen. Heute zählt die NAR mehrere Tausend AktivistInnen, und versucht einen Weg zu gehen, der das realsozialistische Scheitern berücksichtigt, ohne die Auseinandersetzung mit der Geschichte der marxistischen Linken aufzugeben
Besonderes Gewicht hat die NAR während der Schüler und StudentInnen-Bewegung 1990/91 gewonnen, als Hunderttausende von Jugendlichen gegen die Erziehungspolitik der Regierung streikten und zum Teil militant demonstrierten.

BASKENLAND



Viele denken bei Athen und Peloponnes an Postkartensommersonnesonnenuntergangsurlaub. Das Interesse an Geschichte und aktueller Politik ist seit den 70er Jahren zurückgegangen. Ganz anders im Baskenland. Seit Jahren gibt es einen regelrechten Polittourismus in die widerspenstige Region an den Westhängen der Pyrenäen. Die bewaffnete Organisation ETA (Baskenland und Freiheit) ist seit dem gelungenen Attentat auf Carrero Blanco 1973 der Weltöffentlichkeit ein Begriff.
Mit dem auf Francos Tod folgenden Übergang in eine "moderne Demokratie" bekommt das Baskenland 1978 auch eine bedeutende Kraft der legalen Linken: aus 4 bestehenden marxistischen Parteien entsteht die Volkseinheit HERRI BATASUNA. Diese ist keine Partei im traditionellen Sinne, sondern eine Massenorganisation und damit das breiteste Bündnis in der baskischen Linken.



Anspruch HBs war es zunächst (ganz traditionell) zwischen dem "revolutionären Führungsblock" KAS (das waren lange Zeit ETA, die Gewerkschaft LAB, die Jugendorganisation JARRAI, die revolutionär-sozialistische Volkspartei HASI, die abertzalen Basiskommitees ASK und die Frauenorganisation EGIZAN) und den Teilbereichsbewegungen (Anti-AKW, Knast, Euskera, Anti-Drogen...) zu vermitteln.
Heute steht die lange Zeit praktizierte und sehr strikte Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Organisationen und Bewegungen der abertzalen Linken wenigstens in Ansätzen auch in HB zur Diskussion.



Zahlreiche andere Linksradikale kritisieren schon seit langem das hierarchische Verhältnis von KAS/HB zu den sozialen Bewegungen und werfen die Vereinnahmung dieser durch die politische Organisation vor. Auch die Überbetonung des nationalen Elements im Befreiungskampf (auf Kosten des sozialen) sowie das Verhältnis von militärischen und politischen Aktivitäten ETAs kritisieren linksaradikale Gruppen (z.B EMK-LKI, heute ZUTIK).
In drei Arbeitsgruppen wollen wir nach einem informativen Teil drei Fragen nachgehen:
- einmal dem eben angesprochenen Verhältnis von Organisation und Bewegung
- zweitens den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung; wer je einmal im Baskenland war, wird festgestellt haben, wie anders die Alltagskultur in diesem Land ist; daraus ergibt sich dann auch die Frage, inwieweit sich überhaupt etwas von dort auf unsere Realität übertragen läßt
- drittens den Konsequenzen für das sich vereinheitlichende Europa; werden die konfliktiveren Länder das vereinigte Europa "anstecken" oder wird die EG die kämpferischen Bewegungen "befrieden"?



PROGRAMM FÜR

SAMSTAG DEN 30.MAI

1992



ORT: LAZ; CRELLESTR.22/ 1 B 62 (U-Bhf KLEISTPARK) 11 UHR:

EUSKADI

- Die Linke im Baskenland: historisch-informativer Teil
- Aufteilung in Arbeitsgruppen und Diskussion im kleineren Rahmen

GEGEN 13.30 UHR BASKISCH-GRIECHISCHES INTERNATIONALGERICHT MIT ANSCHLIEßENDER REZEPTDISKUSSION (über die Dialektik von Kichererbsen und Tsatziki)

14.30 UHR: GRIECHENLAND

- Referat mit griechischen GenossInnen
- Diskussion über ägäische Feriendörfer



ZU DEN BEIDEN THEMEN LIEGEN AB MONTAG (ZUM BASKENLAND) BZW. MITTWOCH (ZU GRIECHENLAND) ARBEITSTEXTE IM PAPIERTIGER (IM FELS-ORDNER-REGAL "BRD-LINKE") UND LAZ (GLEICH LINKS VON DER TÜR) AUS. SIE KÖNNEN DORT KOPIERT WERDEN. PAPIERTIGER: CUVRYSTR/ 1 B 36
LATEINAMERIKAZENTRUM "LAZ": CRELLESTR.22/ 1 B 62

DIESE VERANSTALTUNG WIRD GESPONSERT VON ARTHUR-REISEN UND DEM HÜLSENFRÜCHTEIMPORT "FENERBAHCE"

Gegen die HERRschende Weltordnung

1992 3.-21.Juni in Berlin

(s.Titelseite)

Veranstaltungsorte:

Kaufhaus Kato "Stadttor-Räume", im U-Bahnhof Schlesisches Tor, 1 Berlin 36

(mit Cafe und Infos ab 15:00 Uhr)

BAOBAB - Infoladen Eine Welt, Winsstr. 53, Prenzlauer Berg
El Locco, Kreuzbergstr. 43, 1000 Berlin 61
Nozizwe, Turmstr. 72/73, 1000 Berlin 21
Babylonia, Cuvrystr. 23, 1000 Berlin 36

3. Juni: Auftaktspektakel: Superbarrio - Ein Supermann der Armen in Mexiko
Der Traum der Barrio-BewohnerInnen wird wahr - der maskierte Kämpfer steigt aus dem Freistilkampf-Ring und kämpft um die Rechte der MieterInnen, Vertriebenen und Verfolgten.
(Babylonia, 19:30 Uhr)

3. Juni: Alternativer Handel - Grenzen und Perspektiven
(BAOBAB)
(BAOBAB, 19:30)

4. Juni: Auftaktveranstaltung: Anti-EG-Veranstaltung
(Anti-EG-Gruppe Köln)
(Babylonia, 19:30 Uhr)

4. Juni: Video: Zum hundertsten Mal
Uruguay/BRD/CH 1990, 80 min. OmU
Während zwei Jahren filmen die VideomacherInnen Momente und Bruchstücke aus dem Leben von fünf Frauen, die am Rande einer Schlafstadt, nahe der Hauptstadt Montevideo, Uruguay, leben. Nur für Frauen.
(El Locco, 18:00 Uhr)

4. Juni: Video: Verhandelte Frauen - Frauenhandel
MPZ 1989, 20 min.
Der Videofilm ist ein Versuch, den Frauenhandel mit unserem Leben und Alltag hier in einen Zusammenhang zu stellen. Wer das Geld hat, hat die Macht - Assoziationen aus einem Land, wo alles käuflich ist.
Video: Westwärts - Südostasiatinnen in der BRD
BRD 1990, 55 min., von Gaby Hinterberger, Wolfgang Kriener
Frauen aus Thailand und den Philippinen, zu Tausenden seit anfang der 80er Jahre in die BRD verschafft oder eingereist, kommen zur Sprache mit ihren Träumen und Ernüchterungen. Nur für Frauen.
(El Locco, 20:00)

4. Juni: Waldzerstörung und Widerstand der Frauen in Indien
Mit Indra Munshi, Soziologin aus Bombay. Auch für Männer. (Nozizwe)
(Nozizwe, 19:00 Uhr)

5. Juni: 500 Jahre Widerstand und Kolonialismus
Marlen Chow, Miskito-Indígena, wurde auf dem Kontinentalen Kongreß in Guatemala 1991 zur Koordinatorin des Folgekongresses in Managua im Oktober 1992 gewählt. Sie berichtet über den Stand der Kontinentalen Kampagne "500 años Resistencia indígena, negra y popular". (FDCL)
(Kaufhaus Kato, 19:30 Uhr)

Veranstaltungsinformationen: Faltblätter, FDCL 693 40 29

TERMINANKÜNDIGUNGEN:

Do 28.5. 20.00 Clash,Uferstr.13,1/65 - FRAUEN/LESBEN Koordinationsplenum gegen Koordinationsplenum gegen WWG

21.00 Daneben,Rigaerstr.84 - "Der Hafen- Handel mit der 3.Welt"

Fr 29.5. 19.00 Lunte,Weisestr.53,1/44 - Kiezküche+ "Modern Times"(Ch. Chaplin)

19.00 Cafe KGB,Potse 180 - Reggae-Night + "Muevete con todo el corazon"

20.00 Mutantenstadl im EX mit Kreuzberger Gesangs Bund, Heartchor und BesetzerInnen Chor "Gemeinsam sind wir Laut"

Sa 30.5. 11.00 LAZ,Crellestr.22,1/62 - Seminar: die baskische Linke

15.30 LAZ - Seminar: "Neue Linke Strömung" in Griechenland

21.00 Potse Cafe,Potse 180,1/30 - FRAUEN/LESBEN
Solifete für die Kosten der Anti-WWG-Mobilisierung

21.00 Daneben - "Angst essen Seele auf"

22.00 Marchstr./Einsteinufer - Apoplexi + Ligo Konzert für Prozesskoste

20.00 Krümelladen,Weserstr.155,1/44 - Abschiedsparty 1.Teil

So 31.5. 00.00 Kruemel - Abschiedsparty 2.Teil

Knastkonzerte:
14.00 Moabit
16.00 Plötze
mit Apoplexi(B) + Ligo(HH)

15.00 Böcklerpark,Prinzenstr.1,1/61 - Rassismus in Europa
Diskussionsveranstaltung zum Anstieg des Rassismus

20.00 Böcklerpark - FETE mit Buba Jammeh + Barrawullo Band + DJ

20.00 Clash,Uferstr.13 - Kiezpalaver Wedding

Mo 1.6. 19.00 Reuterplatz - DEMO gegen Räumung des Krümelladens

Di 2.6. 19.30 Olga Benario,Weserstr.5,1/44 - "Frauen und Rechtsextremismus"
Vortrag mit Diskussion

?21.00 Strausberg(Villa Eckerstein) Infoläden Konzerttour

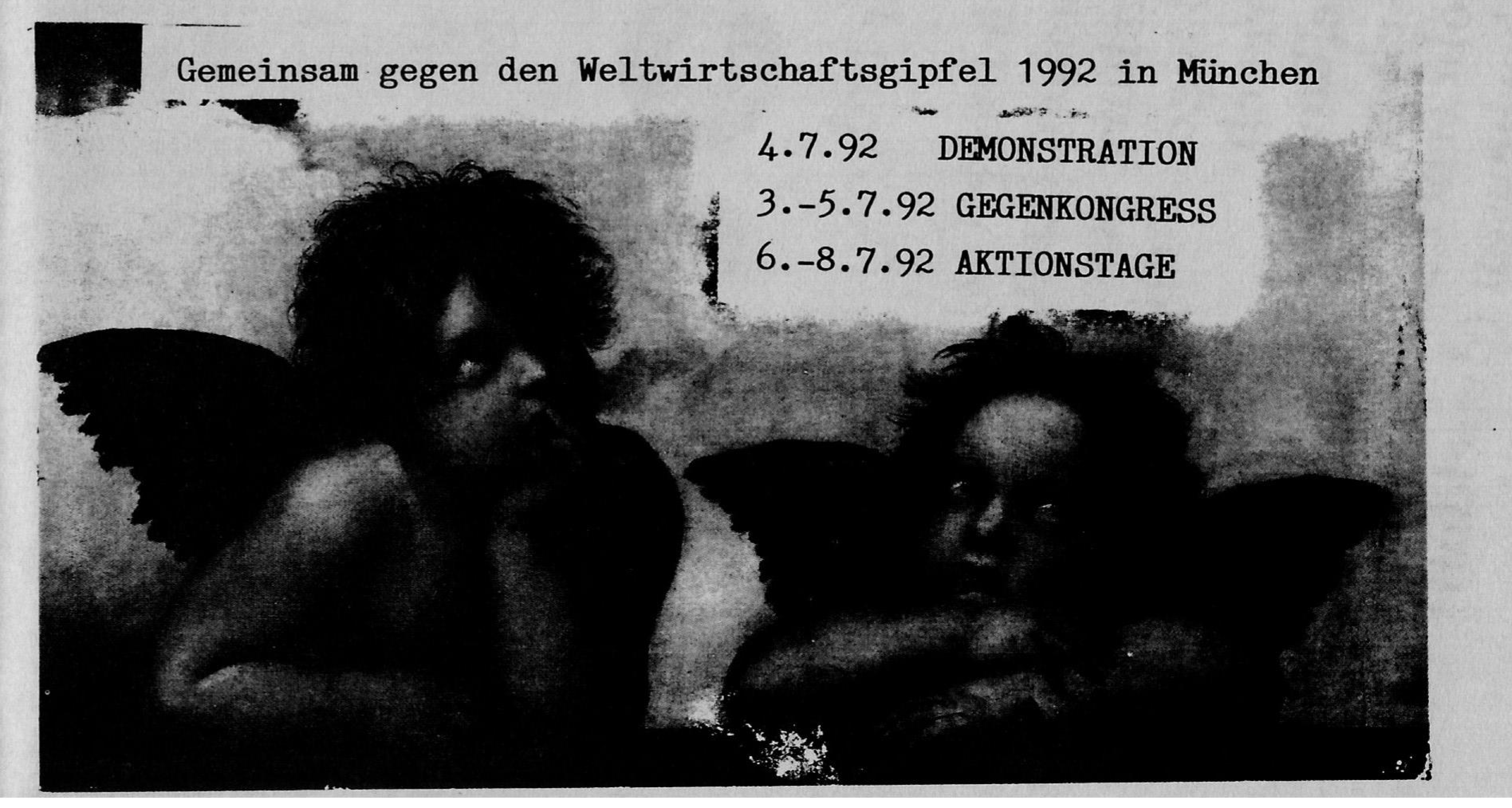
Mi 3.6. 20.00 EX,Mehringhof - FRAUEN/LESBEN-Abend zu Gen + Reprotechnik
Film "...und andere Ergüsse" + Referentin und Diskussion

Do 4.6. 19.30 Olga Benario - "Der Rat der Götter" Der Aufbau des Faschismus durch die Großindustrie(Video,1950)

20.00 Kruemel - Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum

18.00 Gifhorn,Brunnen/Steinweg - Kundgebung zum 1-jährigen Todestag von Helmut Leja, er wurde am 4.6.91 von zwei Faschisten ermordet

So 7.6. 14.00 Marchstr./Einsteinufer - Kinder + Straßenfest



Infoläden Konzerttour

Der Überschuss geht an die autonomen Infoläden in der brd.

29.5. Lübeck (alternative)
30.5. Hamburg (störtebeker)
31.5. Rendsburg (teestube)
2.6. Strausberg (villa eckerstein)
3.6. Erfurt (kult e.v.)
4.6. Göttingen (juzi)
5.6. Braunschweig (jz heidberg)
6.6. Hannover (korn)
7.6. Hanau (Metzgerstr.)

9.6. Heidelberg (az)
10.6. München (kulturstation)
11.6. Augsburg (kresslesmühle)
12.6. Tübingen (sudhaus)
13.6. Lörrach
14.6. Freiburg (wagenburg)
16.6. Aachen (casinostr.)
17.6. Köln (rhenomia)
18.6. Oberhausen (druckluft)
19.6. Bielefeld (ajz)
20.6. Neumünster (reichshalle)